



Europäische Schriften | 98

60  Institut für
1959 - 2019 Europäische Politik

Hartmut Marhold [Hrsg.]

Wegbegleiter der europäischen Integration

60 Jahre Institut für Europäische Politik



Nomos

Hartmut Marhold [Hrsg.]

Wegbegleiter der europäischen Integration

60 Jahre Institut für Europäische Politik



Nomos

Inhalt

Vorwort <i>Werner Hoyer</i>	11
Einleitung <i>Hartmut Marhold</i>	13
 <i>1. Epochen</i>	
Das Institut für Europäische Politik im europäischen Integrationsprozess <i>Wilfried Loth</i>	23
Die Geburtsstunde des Instituts für Europäische Politik: Akteure und Faktoren <i>Hartmut Marhold</i>	39
Im Zeichen des verbandlichen Europa-Engagements: Die Europa- Union, Friedrich Carl von Oppenheim und die Gründung des Instituts für Europäische Politik <i>Jürgen Mittag</i>	65
Das Institut für Europäische Politik in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren: Vom Bildungswerk Europäische Politik zum Institut für Europäische Politik <i>Beate Kohler</i>	87
Das Institut für Europäische Politik in den 1970er- und 1980er- Jahren: Auf dem Weg zu einem europäischen Think Tank <i>Wolfgang Wessels</i>	111

Inhalt

Das Institut für Europäische Politik in den 1990er- und 2000er-Jahren: Zeiten der Vertiefung, Erweiterung und Politisierung des europäischen Projekts 131

Mathias Jopp

Das Institut für Europäische Politik: Ein Zukunftsmodell zwischen Gegenwind für das europäische Projekt und Aufwind für seine Arbeit 165

Katrin Böttger/Funda Tekin

2. Arbeitsfelder, Organe und Partner

Europapolitische Bildung als Gründungsauftrag und Arbeitsfeld des Bildungswerks Europäische Politik und des Instituts für Europäische Politik 195

Otto Schmuck

Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Das Institut für Europäische Politik als Motor für Forschung und Debatte (1974-2009) 215

Elfriede Regelsberger

IEP goes East: Das Institut für Europäische Politik entdeckt den Osten Europas und erweitert seine Forschungsagenda 233

Barbara Lippert

Das Wissenschaftliche Direktorium im Spiegel der Jahrestagungen des Instituts für Europäische Politik 253

Michael Kreile

Arbeitskreis Europäische Integration und Institut für Europäische Politik: Eine konstante Kooperation seit 1969 271

Rudolf Hrbek

Das satzungstextliche Selbstverständnis des Instituts für Europäische Politik von 1959 und 2019 im Vergleich 283

Peter-Christian Müller-Graff

3. Europäische Kooperationen

Integrating Europe: Istituto Affari Internazionali and Institut für Europäische Politik: Cooperation between think tanks living in two different national environments 295

Gianni Bonvicini

The Northern Dimension in Research and Cooperation of the Institut für Europäische Politik 307

Gunilla Herolf

Das Institut für Europäische Politik und die Tschechische Republik: Schaffung einer nachhaltigen Grundlage der europäischen Gemeinsamkeit 321

Vladimir Handl

4. Zeitzeugen/Interviews

Die Gründerväter des Instituts für Europäische Politik: Heinrich Schneider, Arno Krause und Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim 331

Die Rolle des Auswärtigen Amtes im europäischen Integrationsprozess 335

Ein Gespräch mit Jürgen Trunpf

Das Institut für Europäische Politik: Anfänge, Wege und Wirkungen 341

Fragen an Franz Schoser

Europäisches Engagement als Diplomat im Auswärtigen Amt 347

Ein Gespräch mit Wolf-Ruthart Born

Inhalt

5. Politische Positionen und Kommentare

Die Demokratisierung der Europäischen Union: Zug gestoppt –
Weichen neu stellen 355
Elmar Brok

Zwischen Lokomotive und Paternoster: Zum Stand der
europäischen Integration 363
Axel Schäfer

6. Anhang

Prägende Persönlichkeiten aus 60 Jahren Institut für Europäische
Politik: Eine Übersicht 371

Die Autorinnen und Autoren 373

Die Geburtsstunde des Instituts für Europäische Politik: Akteure und Faktoren

Hartmut Marhold

Einführung: Eine Bestandsaufnahme – Faktoren und Akteure

Das Institut für Europäische Politik (IEP) wurde am 25. April 1959 gegründet – als Antwort auf historische Herausforderungen. Dazu gehört an erster Stelle die europapolitische Lage selbst, sie machte ein neues, gründliches Durchdenken der europapolitischen Optionen nötig. Die europäisch orientierten zivilgesellschaftlichen Verbände, an erster Stelle die föderalistische Europa-Union Deutschland (EUD), bedurfte einer solchen ‚Denkstelle‘ am meisten, da ihre Nachkriegskonzeptionen einer Anpassung an die Entwicklung der europäischen Integration bedurften; das war insbesondere die Überzeugung des Jugendverbandes der EUD, des Bundes Europäischer Jugend (BEJ), 1957 umbenannt in „Junge Europäische Föderalisten“ (JEF). Hinzu kam die Ausdifferenzierung der Bildungslandschaft in der Bundesrepublik, in der die Fort- und Weiterbildung zunehmend als zivilgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wurde. Das galt auch für das Thema Europa, auf dessen Grundlage in mehreren Bundesländern Europahäuser oder Europäische Akademien gegründet wurden. Auch Think Tanks, politiknahe, forschende und beratende wissenschaftliche Institute in meist freier Trägerschaft, wurden gegründet.

In diesem geschichtlichen Kontext schien es sinnvoll, ein Dreieck zu gestalten, bestehend aus dem europapolitisch engagierten Verband der Europa-Union (samt der JEF), den bildungspolitisch engagierten Europahäusern – und, drittens, einer Denkfabrik, eben dem zu gründenden Bildungswerk Europäische Politik (später IEP): Letzterem war dabei die Aufgabe zugeordnet, durch unabhängiges Durchdenken der europapolitischen Optionen die Verbände und die Europahäuser mit Argumenten für ihre (bildungs-)politische Arbeit zu versorgen.

Die europapolitische Lage und die Bundesrepublik

Europäische Integration seit 1945 – zwischen Vision und Wirklichkeit

Die europäische Integration hatte am Ende der 1950er-Jahre bereits ein höchst bewegtes Lebensjahrzehnt hinter sich. Dabei war zwar der Einstieg in einen Integrationsprozess gelungen, aber um den Preis vieler Enttäuschungen – das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) –, und auch die neue, gerade erst eingeläutete Etappe – die der Römischen Verträge – war alles andere als gesichert. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren große, ja revolutionäre Pläne entworfen worden, sei es von ehemaligen Widerständlern, die sich zu Euro-Föderalisten entwickelt, in der Union der Europäischen Föderalisten (UEF) zusammengeschlossen und Manifeste eines föderalen europäischen Zusammenschlusses entworfen hatten,¹ sei es von Staatsmännern wie Winston Churchill, der die „Vereinigten Staaten von Europa“ als sehr bald, wenn auch mit Zwischenschritten, zu verwirklichende Zielvision ausgegeben hatte.²

Diese Pläne schienen für einen Moment der Realisierung nahe zu kommen, als auf dem Haager Kongress im Mai 1948 ihre Befürworter mit Regierungspolitikern zusammentrafen – aber ihr Scheitern wurde nur dürftig überdeckt durch die Gründung des Europarates ein Jahr später, der die erhoffte Rolle eines Motors supranationaler Integration nicht ausfüllen konnte. Als wiederum ein Jahr später Jean Monnet und Robert Schuman die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf den Weg brachten, schien ein, wenn auch ‚nur‘ gradualistischer, aber dafür realisierbarer Entwicklungspfad für die europäische Einigung gefunden zu sein. Die Hoffnung, das föderal vereinte Europa ein paar Jahre später, nun doch noch sehr bald, verwirklichen zu können, war zurück. Ein zweites Mal schien das Projekt zum Greifen nahe, als der Vertrag zur EVG 1952 von den sechs Gründungsmitgliedern der EGKS unterzeichnet und 1953 schon der nächste, entscheidende Schritt zur Gründung einer Europäischen Poli-

1 Siehe: generell zur Integrationsgeschichte das neue Standardwerk dazu von Wilfried Loth: *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt am Main, 2014; spezieller zum Thema der euroföderalistischen Verbände in der Nachkriegszeit Frank Niess: *Die europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstands*, Frankfurt am Main 2001; *Das Gründungsdokument der Europa-Union Deutschland: Hertensteiner Programm*, 21.9.1964, abrufbar unter: <https://www.europa-union.de/politik/beschluesse/grundsatzbeschluesse/> (letzter Zugriff: 25.2.2019).

2 Winston Churchill: *Speech delivered at the University of Zurich*, 19.9.1946, abrufbar unter: <https://rm.coe.int/16806981f3> (letzter Zugriff: 19.2.2019).

tischen Gemeinschaft (EPG) unternommen wurde. Aber auch diese Pläne scheiterten, als die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 die Ratifizierung des EVG-Vertrages verweigerte – und damit die Befürworter europäischer Integration in eine tiefe Krise stürzte: Nachdem ‚Europa‘ sich in den Nachkriegsjahren nicht auf einen Schlag hatte gründen lassen, hatte man geglaubt, mit der ‚Schritt-für-Schritt-Methode‘ einen alternativen Weg zum gleichen Ziel gefunden zu haben. Nun hatte sich auch dieser Weg scheinbar als Sackgasse erwiesen.

Wie sollte man Europa dann überhaupt einen können? Schließlich fand man auch aus diesem Tief heraus, mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die in den Römischen Verträgen am 25. März 1957 unter Dach und Fach gebracht und am 1. Januar 1958 in Kraft gesetzt wurden, jetzt allerdings mit weit geringeren Ansprüchen und deutlich skeptischeren Hoffnungen auf eine baldige föderale Integration. Diese Skepsis wurde noch erheblich befördert, als im Mai 1958 in Frankreich General Charles de Gaulle zurück an die Macht gerufen wurde, um einen wegen der Algerien-Krise drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Von de Gaulle wusste man, dass er jeglicher Form von Supranationalität jede Legitimität absprach; es war zu befürchten, dass de Gaulle die Römischen Verträge trotz ihrer gebremsten Integrationswirkung infrage stellen würde.

Es liegt auf der Hand, dass diese europapolitische Entwicklung mit ihren hochfliegenden Hoffnungen, dramatischen Abstürzen und bescheidenen Realisierungen für alle nicht leicht zu verdauen war, die sich seit Kriegsende für einen europäischen föderalen Zusammenschluss stark gemacht hatten. Es musste neu überdacht werden, welches Leitbild für Europa jetzt noch das Richtige, das Realistische war, wie man kurz- und langfristige Ziele der Europapolitik miteinander verknüpfen sollte, wer für welche Option zu haben war etc. Genügend Herausforderungen für einen Ort, ein Gremium, eine Institution, ein Institut, an dem all das durchdacht werden sollte.

Europapolitik aus bundesrepublikanischer Sicht

Auch in der Bundesrepublik war nicht alles klar und einfach. Schon die Einbindung der jungen Bundesrepublik in Allianzen und Zusammenschlüsse jeglicher Art – sofern sie vom (europäischen oder atlantischen) ‚Westen‘ geprägt waren – war zwar von Bundeskanzler Konrad Adenauer ohne Zögern vorangetrieben worden, aber nicht ohne Widerspruch geblieben, besonders von sozialdemokratischer Seite: Der SPD-Vorsitzende Kurt

Schumacher war nicht nur ein entschiedener Gegner jedweder Form der deutschen Wiederbewaffnung (wie sie die EVG mit sich gebracht hätte), sondern überhaupt gegen jeden Schritt, der die Wiedervereinigung zumindest mit der DDR in weitere Ferne rücken ließ, und dazu gehörte nach seiner Überzeugung ebenfalls die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in (west-)europäischen Gemeinschaften. Auch Schumachers Nachfolger (er selbst starb bereits 1952) blieben dem Prinzip ‚deutsche Einigung zuerst‘ verbunden, bis zu ihrem „Deutschland-Plan“ 1959; die SPD vollzog erst unter Herbert Wehners Ägide 1960 mit ihrem neuen „Godesberger Programm“ die entscheidende Wende, in der sie ihr Selbstverständnis von einer ‚Arbeiter-‘ zur ‚Volkspartei‘ wandelte und die Westbindung der Bundesrepublik anerkannte. Nicht zuletzt unter diesen Umständen ist es verständlich, dass die euro-föderalistischen Verbände in der Bundesrepublik der 1950er-Jahre eher der CDU (und FDP) als der SPD nahestanden.

Allerdings war auch innerhalb des Regierungslagers und trotz Adenauers Autorität von Einhelligkeit keine Rede. Während der Bundeskanzler keinen Zweifel daran ließ, dass für ihn die politische Dimension eines jeden Schrittes zur europäischen Integration Vorrang hatte, dass die Wirtschaftsintegration Mittel zum Zweck der politischen Einigung sei, dass die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland im europäischen Rahmen bundesdeutsche Staatsräson sein müsse, war der inzwischen nahezu ebenso populäre Ludwig Erhard, in den Augen vieler Bundesdeutscher der ‚Vater der Sozialen Marktwirtschaft‘, ganz anderer Meinung. Wenn es nach ihm gegangen wäre, wäre transatlantischer Freihandel das vorrangige Ziel gewesen, nicht der (klein-)europäische Zusammenschluss zum Binnenmarkt mit Zoll- und Importschranken, nicht die Ausstattung einer (im wahrsten Sinne des Wortes) begrenzten Sechsergemeinschaft mit einem hybriden institutionellen System, das vielleicht einmal ein föderal-demokratisches werden könnte. Ob die EWG noch auf der Adenauer-Linie lag, die auf ein föderales Europa zeigte, oder ob sie diese Linie umbiegen würde in Richtung einer Freihandelszone – wie sie die Briten zu allem Überfluss in Gestalt der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) im Januar 1960 gründeten –, das war umstritten und zunächst nicht klar erkennbar.³

3 Die Aufteilung der Europa-Koordination innerhalb der Bundesregierung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium zeugt bis heute von der damaligen Auseinandersetzung zwischen dem Wirtschaftsminister Erhard und dem Außenminister Heinrich von Brentano (mit Adenauer im Hintergrund) um den Einfluss auf die entstehende EWG. Vgl. zur Langzeitperspektive auf die deutsche Europapolitik Jan Grünhage: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Baden-Baden 2007.

Wie auf europäischer Ebene, so war also auch in der Bundesrepublik am Ende der 1950er-Jahre die Frage nach dem gültigen Leitbild für die europäische Einigung offen, ja offener als zehn Jahre zuvor. Damals war es jedenfalls für die europäischen zivilgesellschaftlichen Kräfte klar, wohin der Weg zu gehen hatte und wie er zu beschreiten war – geradeaus zur europäischen Föderation. So gab es diverse Orientierungsschwierigkeiten, konkurrierende Optionen, verunsichernde Erfahrungen, allerdings auch hoffnungsvolle Ansätze. Mehr braucht es kaum, um eine ‚Denkstelle‘ zu gründen.

Ansätze für Denkstellen

Nichtstaatliche Initiativen: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik

So wurde die Lage auch auf anderen Gebieten der bundesrepublikanischen Politik eingeschätzt, und diese Einschätzung hatte bereits vor der Gründung des Bildungswerks zu ähnlichen Initiativen geführt. Das galt zunächst für die Außenpolitik im Allgemeinen, nicht nur im Blick auf Europa: Nicht zuletzt durch das Scheitern der EVG hatte sich schon im Herbst 1954 die Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO neu gestellt, und sie war sehr schnell gelöst worden: Am 9. Mai 1955 trat der westdeutsche Teilstaat dem Bündnis bei. Damit aber war der Bundesrepublik auch ein höheres Maß an Souveränität zugestanden worden, sodass nun auch formell eine eigene bundesdeutsche Außenpolitik möglich wurde und zur Neugründung des Auswärtigen Amtes führte.

Es lag nahe, nun auch außerhalb des Amtes und im Dialog mit ihm über Optionen (west-)deutscher Außenpolitik nachzudenken – bereits 1955 wurde deshalb die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) gegründet:

Aufschlussreich für die damaligen Kontroversen ist auch der sorgfältig recherchierte Rückblick des ersten deutschen EWG-Kommissars Hans von der Groeben (der auch im Kreis des IEP mit hohem Engagement an den Debatten teilnahm): Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958-1966), Baden-Baden 1982. Bereits der Untertitel deutet auf die Auseinandersetzungen, die in den Verbänden und in der Wissenschaft natürlich auch geführt werden mussten.

„Es zeugt von dem Weitblick der Gründergeneration unserer Republik, dass sie in dem Augenblick, in dem die Formulierung einer eigenen deutschen Außenpolitik – trotz aller damaligen Begrenzungen – wieder möglich wurde, an den Aufbau eines von der Regierung und den politischen Parteien unabhängigen Instituts nach dem Vorbild von Chatham House und dem American Council on Foreign Relations ging. Die Zusammensetzung der Unterzeichner des Aufrufs zur Gründung der DGAP zeigt die Breite der Unterstützung für dieses Vorhaben. Sie kennen die Namen alle: Hermann Abs, Fritz Berg, Heinrich von Brentano, Thomas Dehler, Walter Hallstein, Günter Henle, Andreas Hermes, Hans von Merkatz, Erich Ollenhauer, August Oswald, Robert Pferdenges. Unter den 22 Mitgliedern des am 8. Juni 1955 konstituierten Forschungsausschusses, des späteren Wissenschaftlichen Direktoriums, waren Persönlichkeiten wie Arnold Bergstrasser, Marion Gräfin Dönhoff, Theodor Eschenburg, Wilhelm Grewe, Hans Rotfels, Ulrich Scheuner, Karl Schiller, Carlo Schmid und Günter Schmölders. Von der Gründung an haben sich namhafte Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler bereit gefunden, leitende Funktionen in der DGAP zu übernehmen: die späteren Bundespräsidenten Karl Carstens, Richard von Weizsäcker, der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt und auch der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher, sowie aus der Wirtschaft Günter Henle, Fritz Berg, Hans L. Merkle, Ulrich Cartellieri und Alfred Freiherr von Oppenheim.“⁴

Einige dieser Namen werden beim genaueren Blick auf die Gründung des Bildungswerks wieder auftauchen.

In einem noch weiteren Rahmen wurde die Gründung eines Think Tanks betrieben, der letztlich alle Politikfelder im Blick haben sollte, nicht nur die Außen- und schon gar nicht allein die Europapolitik: Diese Ambition führte 1962 zur Gründung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP),⁵ die heute das umfangreichste Institut dieser Art ist und den Bun-

4 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Die DGAP im Wandel der Zeit; Ansprache von Dr. Arend Oetker anlässlich des 50-jährigen Bestehens der DGAP am 3. Juni 2005 in Berlin, in: 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., S. 7-14, hier S. 8, abrufbar unter: https://dgap.org/sites/default/files/static_page_downloads/50%20Jahre%20DGAP.pdf (letzter Zugriff: 23.1.2017); siehe dort auch die „Chronik“ mit weiteren Daten und Namen.

5 Siehe: Albrecht Zunker: Die Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2007; Stiftung Wissenschaft und Politik: 1962-2012, abrufbar unter: <https://www.swp-berlin>.

desinstitutionen mit seinen Recherchen politikberatend zur Verfügung steht.

Staatliche (außerschulische) Politische Bildung: Bundeszentrale für politische Bildung, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Auch staatlicherseits wurde über die schulische Bildung hinausgedacht. Auf Bundesebene war schon 1952 die spätere Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gegründet worden, noch bis 1963 unter dem Namen Bundeszentrale für Heimatdienst (BfH) firmierend und mit diesem Namen ihrerseits anknüpfend an die Reichszentrale für Heimatdienst (RfH), die von 1918 bis 1933 das Verständnis für die neue deutsche Demokratie wecken sollte. Entsprechend hieß es im Gründungserslass für die Bundeszentrale nun, ihre Aufgabe sei es, „den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volke zu festigen und zu verbreiten.“⁶ Im „Protokoll der Konstituierenden Sitzung des Kuratoriums des Bildungswerks Europäische Politik“ vom 4. September 1959 wird Ernst Hessenauer mit den Worten zitiert, er empfehle „seinerseits eine gute Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Heimatdienst, die insbesondere auf dem pädagogischen Sektor Erfolge errungen habe.“ Hessenauer, der hier zitiert wird, war in Schleswig-Holstein Landesbeauftragter für politische Bildung und soeben mit einem Vertreter der Kieler Studentenschaft namens Ernst Johansson, der zwischen 2001 und 2017 Vizepräsident der EUD werden sollte, heftig aneinandergeraten. Dieses „Drama, das unter dem Titel ‚Der Fall Hessenauer‘ weit über Kiel hinaus bekanntgeworden ist“, entstand durch die Aussage Hessenauers, früheren Nazis müsse man zubilligen, dass sie ihre Einstellung geändert und nun das Recht hätten, auch öffentliche Funktionen in der Bundesrepublik zu bekleiden – als Beispiel nannte er den damaligen Bürgermeister von Westerland (Sylt), Heinz Reinefahrd, der als SS-General an der Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstandes beteiligt war. Das löste einen Sturm der Entrüstung unter den Studenten aus, die in

org/fileadmin/contents/products/sonstiges/50-Jahrfeier/Broschuere_50_Jahre_SWP_Web.pdf (letzter Zugriff 24.2.2019); vgl. Stiftung Wissenschaft und Politik: 50 Jahre Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), abrufbar unter: <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/geschichte/> (letzter Zugriff: 25.2.2019).

6 Bundeszentrale für politische Bildung: Gründung und Aufbau 1951-1961, 10.7.2011, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-bpb/36421/gruendung-und-aufbau-1952-1961> (letzter Zugriff: 26.1.2017).

einer Entschließung betonten: „Das Studentenparlament als Vertretung der Studentenschaft der Christian-Albrechts-Universität wendet sich gegen alle Versuche, hohen Funktionären des nationalsozialistischen Regimes wieder Einfluß auf die Gestaltung unseres Staatslebens zu verschaffen. Es sieht in diesen Versuchen eine Gefahr für die Bemühungen des deutschen Volkes um einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat. Außerdem wird dadurch eine ernste Gefährdung unserer Beziehungen zum Ausland heraufbeschworen.“⁷ Der ‚Fall‘ ist natürlich deshalb von Interesse, weil er zeigt, wie Persönlichkeiten, die in den Europa-Verbänden und bei der Gründung des IEP maßgeblich beteiligt waren, zugleich auch in die allgemeinen und bitteren Kontroversen der jungen Bundesrepublik um die ‚Vergangenheitsbewältigung‘ verwickelt waren.

Auch in den Bundesländern – wie in Schleswig-Holstein, siehe den ‚Fall Hessenauer‘ – gab es Bemühungen, derartige Bildungsarbeit zu fördern – eine solche Initiative mit besonderer Ausstrahlung wurde in Bayern gestartet, mit der Gründung der Akademie für Politische Bildung Tutzing (APB) am Starnberger See.⁸ Ihr satzungsgemäßer Auftrag lautete: „Der Bestand und die Zukunft des demokratischen Staates und der von ihm gewährleisteten Freiheit hängen von der rechten Einschätzung seiner Werte durch die Staatsbürger und ihrem Willen, sie zu behaupten, ab. Dem Staat erwächst daher die Pflicht, alle Maßnahmen zu unterstützen und zu ergreifen, die der Pflege der politischen Bildung dienen. Zu diesem Zweck wird eine Akademie für Politische Bildung errichtet.“ Lanciert im gleichen Moment wie die DGAP, im Sommer 1955, nahm die Akademie am 1. Oktober 1958 im ehemaligen „Haus Buchensee“ ihre Arbeit auf, nicht zuletzt inspiriert von Arnold Bergstraesser, dessen Name immer wieder auftaucht und der auch insofern auf die Gründung des Bildungswerks wirkte, als er den designierten Geschäftsführer des zu gründenden Instituts, Heinrich

7 Hans Gresmann: Universitäts-Hörsaal als Tribunal, 18. Dezember 1958, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/1958/51/universitaets-hoersaal-als-tribunal/komplettansicht> (letzter Zugriff: 25.2.2019).

8 Siehe: Steffen H. Elsner: Kurzschnur der Akademie für Politische Bildung. Wegmarken zur Gründung und in der Arbeit der Akademie, Stand September 2014, abrufbar unter: https://www.apb-tutzing.de/download/akademie/die_Chronik_der_APB.pdf (letzter Zugriff 26.1.2017). Die Selbsteinschätzung krankt nicht an falscher Bescheidenheit: „In der Bundesrepublik und darüber hinaus gibt es keine vergleichbare Einrichtung.“ Steffen H. Elsner: Zur Geschichte des Anwesens „Haus Buchensee“. Sitz der Akademie für Politische Bildung, Stand 18.4.2012, Tutzing, abrufbar unter: <https://www.apb-tutzing.de/download/akademie/HausBuchensee2012.pdf>. (letzter Zugriff: 26.1.2017). Immerhin wurden in allen Bundesländern im Lauf der Zeit Landeszentralen für politische Bildung gegründet.

Schneider, wenige Monate später dazu bewegen konnte, diese Option fallen zu lassen und stattdessen ein Engagement in Tutzing anzunehmen, was sowohl für Schneider (und die EUD) als auch für den Start des Bildungswerks Europäische Politik eine Weichenstellung war.

Die Europa-Verbände in der Bundesrepublik und in Europa

Die Europa-Union im Nachkriegsjahrzehnt: Kogon, Friedländer, Oppenheim

Schneider hatte in den Jahren zuvor zu den ‚Jungen Wilden‘ (wenn der anachronistische Ausdruck erlaubt ist) im Jugendverband der EUD gehört, im BEJ, der sich 1957 in JEF umbenannt hatte, um den Anklang an das überholte ‚Bündische‘ gegen ein offeneres Bekenntnis zum (europäischen) ‚Föderalismus‘ einzutauschen und damit auch eine direktere Filiation zum europäischen Verband, der UEF zu signalisieren, als das für einen Juniorpartner der Europa-Union möglich war. Die Europa-Union selbst war als deutsche Sektion des europäischen Föderalisten-Verbandes nur wenig später als der Dachverband, nämlich schon am 9. Dezember 1946, gegründet worden – und hatte seitdem stürmische Zeiten erlebt. Die Europa-Union konnte auf eine weit verbreitete Popularität des europäischen Einigungsgedankens im Westdeutschland der Nachkriegszeit bauen: Sie hatte in den 1950er-Jahren an die 50.000 Mitglieder und konnte zeitweilig hoffen, eine Massenorganisation zu werden; Europa wurde in der Bundesrepublik geradezu zum ‚Vaterlandersatz‘. Hinzu kam, anders als in anderen europäischen Ländern, dass ‚Föderalismus‘ als Möglichkeit politischer und sogar gesellschaftlicher Organisation tief in der deutschen politischen Kultur verwurzelt war,⁹ dass die Teilung von Souveränität, im Gegensatz zum französischen politischen Denken, in dieser Denktradition durchaus plausibel war sowie, dass mithin ein föderales Europa keinen radikalen Bruch mit den Denktraditionen in Deutschland bedeutete. Die Europa-Union spiegelte eine parteiübergreifende Hoffnung auf ein vereintes Europa wider; nichtsdestoweniger war sie aus zwei Gründen auf der konservativen Seite des politischen Spektrums noch besser vernetzt als auf der linken: Zum

9 Auch wenn der bundesdeutsche Föderalismus Anfang der 1950er-Jahre als Otrou der Alliierten empfunden und erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts (wieder) populärer wurde. Zur langfristigen Perspektive vgl. Thomas Nipperdey: Der Föderalismus in der deutschen Geschichte, in: Johan Christiaan Boogman/G.N. van der Plaats (Hrsg.): *Federalism: History and Current Significance of a Form of Government*, Den Haag 1980.

einen waren, wie bereits angedeutet, die Sozialdemokraten noch nicht ganz sicher, dass die deutsche Teilung am besten über die europäische Einigung überwunden werden könnte, und gaben vielmehr der deutschen Einigung Priorität vor der europäischen. Zum anderen dominierte Adenauers CDU, mit der bayerischen CSU und der FDP, die tatsächliche bundesdeutsche Politik. Wollte man sie im europa-föderalistischen Sinne beeinflussen, musste man sich auf enge Beziehungen zu den christdemokratischen und liberalen Parteien und Zirkeln einlassen. In den Leitungsgremien der Europa-Union überwogen die Stimmen derer, die gute Beziehungen in die regierenden Parteien, die Ministerien und die ihnen nahestehenden Interessengruppen hatten.

Ende der 1950er-Jahre – genauer von 1957 bis 1973 – stand die Europa-Union unter der Leitung und gewissermaßen in der Schuld ihres Präsidenten, Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim, zu dieser Zeit Chef einer der bedeutendsten deutschen Privatbanken.¹⁰ Oppenheim hatte die Europa-Union vor dem finanziellen Ruin gerettet, nachdem ihr erster Präsident, der linkskatholische Journalist Eugen Kogon, die Gelder der Europa-Union mit eigenen Projekten europa-orientierter Publizität verquickt und damit ein Desaster verursacht hatte, das ihn als Präsidenten diskreditierte – „DER SPIEGEL“ widmete der Affäre einen seiner für die frühe Bundesrepublik typischen Enthüllungsartikel.¹¹ Kogons Nachfolger wurde ein weiterer prominenter Journalist der Nachkriegszeit, Ernst Friedländer, der 1946 bis 1950 als Chefredakteur der „DIE ZEIT“ seine Reputation begründete, und dessen Tochter, Katharina Focke, die erste Geschäftsführerin des Bildungswerks Europäische Politik werden sollte. Friedländer präsierte die Europa-Union zwischen 1954 und 1957, während Oppenheim bereits als Schatzmeister fungierte. Während Friedländer dem Verband autoritativ sagte, ‚was Sache ist‘ und ansonsten kein großer Freund von kontroversen Diskussionen war,¹² sorgte Oppenheim hinter den Kulissen dafür, dass die Europa-Union wieder zahlungsfähig wurde – eine Konstellation, die für

10 Vgl. Jürgen Mittag/Wolfgang Wessels (Hrsg.): „Der kölsche Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005.

11 Siehe: Der Spiegel: Europa-Union. Entlastung mit Vorbehalt, 6.1.1954, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-28954902.html> (letzter Zugriff: 30.1.2017).

12 Vgl. Heinrich Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann: Persönliche Erinnerungen an Begegnungen mit Friedrich Carl von Oppenheim, in: Mittag/Wessels: „Der kölsche Europäer“, 2005, S. 273-392. Ein wesentlicher Teil der hier entwickelten Sicht auf die Gründungszeit des IEP verdanke ich diesem ausführlichen, halb autobiographischen Bericht sowie ebenso ausführlichen Gesprächen und Befragungen mit Heinrich Schneider, besonders im Jahr 2017.

die Gründung und für die folgenden Jahrzehnte unmittelbar wichtig, ja existenzbegründend und –sichernd für das Bildungswerk wurde, weil es der Europa-Union erlaubte, ‚seinem‘ Think Tank eine großzügige finanzielle Grundsicherung zur Verfügung zu stellen; in der Ära Kogon wäre das undenkbar gewesen.

Die Europa-Union angesichts der Spinelli-Revolution

Die Europa-Union hatte aber am Ende der 1950er-Jahre nicht nur ein Problem mit den eigenen Strukturen und Verfahren – sie wurde auch fast zerrissen von europapolitischen Kontroversen. Nach dem Scheitern der Pläne für die EVG und die EPG, mobilisierte Altiero Spinelli auf der europäischen Ebene des euro-föderalistischen Verbandes eine Initiative, die auf eine revolutionäre, von den Völkern getragene, gegen die Regierungen gerichtete, antistaatliche radikale Veränderung der Lage abzielte. Sein Ziel war es seit 1956, einen ‚Europäischen Volkskongress‘ durch freiwillige, als ‚Wahlen‘ organisierte und ausgedrückte Zustimmung großer Teile der Bevölkerung dazu zu legitimieren, Nationalstaatlichkeit in Europa zugunsten einer europäischen Föderation zu überwinden. Diese Initiative rief erbitterte Auseinandersetzungen hervor, auf europäischer Ebene wie auch auf deutscher: Von der UEF spaltete sich im Herbst 1956 ein reformerischer Flügel ab und gründete als Aktion Europäischer Föderalisten (AEF) unter Führung des niederländischen Intellektuellen und Gründers des Europakollegs Brügge, Hendrik Brugmans, eine eigene Konkurrenzorganisation. Auch die Europa-Union war tief gespalten, folgte aber mehrheitlich dem Reformansatz und versagte sich dem revolutionären Elan Spinellis – Schneider, als Vorsitzender des Jugendverbandes, setzte sich besonders vehement für die reformerische, oder besser noch: gegen die Strategie Spinellis ein, nicht zuletzt mit Argumenten, die in der Bundesrepublik mehr Geltung beanspruchen konnten als anderswo in Europa. Hier war der neue Staat ein pflegebedürftiges demokratisches Aufbauwerk, der Gegenentwurf zur Nazidiktatur, selbst bereit, sich in eine europäische Föderation einzubringen – die Bundesrepublik war nicht der alte Leviathan, die Inkarnation von Aggression und Kriegsgefahr, die Spinelli in jeder Nationalstaatlichkeit sah;¹³ und ein Nationalstaat war die Bundesrepublik schon gar nicht. Zudem hatte der Begriff ‚Volkskongress‘ in Deutschland eine

13 Spinellis Radikalität ist schon in seinem ‚Manifest‘ voll ausgeprägt, das er während des Krieges in Gefangenschaft auf der italienischen Insel Ventotene verfasste

Konnotation, die für Spinelli keine (oder allenfalls eine nicht negative) Rolle spielte: Ende der 1940er-Jahre war die Organisation von ‚Volkskongressen‘ maßgebliches strategisches Instrument für die SED-gesteuerte Zwangsvereinigung mit der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR. Allerdings hatte Spinelli auch in der Europa-Union Gefolgsleute, so vor allem Claus Schönöndube,¹⁴ der für längere Jahre den Ausschluss aus dem Verband in Kauf nahm, um seinem revolutionären Credo nicht absagen zu müssen.

Aber auch innerhalb des reformerischen Flügels gab es mindestens zwei Gruppierungen, die sich in ihrer Einstellung zur tatsächlichen Europapolitik unterschieden: Auf der einen Seite standen die Pragmatiker, die die Gründung der EWG als wegweisenden Schritt begrüßten und bereit waren, diesen bescheideneren Ansatz zu einer allenfalls langfristig angelegten Strategie der Föderalisierung mit zu tragen, sich zunächst mit einem (gegenüber der EGKS) weniger supranationalen institutionellen System zu fügen, die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes mit ordnungspolitischer Regulierung als Ziel (wenn auch nicht als das letzte) zu akzeptieren. Auf der anderen Seite stand die EWG als zu wenig föderalistisch, ja als Verzicht auf das Ziel eines europäischen Bundesstaates kritisiert und demgegenüber mindestens auf der Einrichtung eines ‚Europäischen Wirtschaftsministeriums‘ bestanden wurde. Dies wurde nicht etwa nur von unerfahrenen Idealisten betrieben, sondern – prominent im Verband – von Hans-Wilhelm Beutler, „Geschäftsführendes Präsidialmitglied“ (d. h. so viel wie Präsident) des Bundesverbandes der deutschen Industrie. Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet von Seiten der deutschen (Industrie-)Wirtschaft die Idee eines europäischen Wirtschaftsministeriums, die später und bis heute einen deutsch-französischen Dissens markiert, vorgebracht und vertreten wurde. Sein ‚Gegenspieler‘ im Verband, Wortführer der ‚Pragmatiker‘, war nicht weniger gewichtig und gewann in den verbandsinternen Debatten noch an Gewicht: Hans von der Groeben, von 1958 bis 1979 Mitglied der EWG-Kommission, zuvor im Bundeswirtschaftsministerium für den Schuman-Plan zuständig, allerdings durchaus

und das, wie das Hertensteiner Programm und in teilweiser Konkurrenz zu diesem, zu den Gründungsdokumenten der Europäischen Föderalisten gehört: vgl. Altiero Spinelli/Ernesto Rossi: Manifest von Ventotene, 1941, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/bis_1950/Pdf/Manifest_Ventotene.pdf (letzter Zugriff: 30.1.2017).

14 Vgl. dazu Otto Schmuck (Hrsg.): Die Menschen für Europa gewinnen. Für ein Europa der Bürger. In memoriam Claus Schönöndube, Bad Marienberg 2008.

ein Integrationsbefürworter (und damit nicht auf der Linie seines Ressortchefs Ludwig Erhard).¹⁵

Was weiter oben im Allgemeinen zu den aufbrechenden Kontroversen um das Leitbild europäischer Integration gesagt wurde, findet in der Spaltung zwischen UEF und AEF und in den Auseinandersetzungen um ein grundsätzlich föderalistisches Leitbild oder einen pragmatischen Integrationsweg seinen Niederschlag auf der Verbandsebene. Damit wird auf der konkreteren Ebene deutlich, wo sich die Aufgaben und der Sinn für ein separates Institut ergaben, das außerhalb der tagespolitischen Auseinandersetzungen Optionen für die weitere europäische Einigung durchdenken, dem Verband Orientierung und der Bildungsarbeit Anleitung geben sollte.

Die Europahäuser und -akademien

Solche Bildungsarbeit verbreitete sich in den 1950er-Jahren in der Bundesrepublik über die schulische, universitäre und staatliche Bildung hinaus – wie bereits im Blick auf die bpb und die bayerische APB angedeutet wurde. Die großen zivilgesellschaftlichen Verbände erkannten ihrerseits die Chancen und Aufgaben eigener Bildungsarbeit: Gewerkschaften gründeten ihre Bildungseinrichtungen in der jungen Bundesrepublik neu, die Kirchen schufen sich ihre ‚Akademien‘ und verstanden sie als Beitrag zur zivilgesellschaftlichen Kultur der Bundesrepublik: „Die Evangelischen Akademien entstanden im Nachkriegsdeutschland als Antwort von Christen und Kirchen auf die Zerstörung des Geistes, den Vertrauensbruch staatlicher Macht und den Völkermord durch die Nationalsozialisten. Viele Menschen suchten nach neuer moralischer Orientierung und die Evangelischen Akademien waren ein Signal für die Bereitschaft, Verantwortung beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zu übernehmen. Im westlichen Teil Deutschlands wurden sie bald ein unverzichtbarer Teil der demokratisch-politischen Kultur.“¹⁶

Auch auf diesem Gebiet gilt, dass die allgemeinen Tendenzen sich auf dem engeren Feld des europapolitischen Engagements ebenfalls zeigten: „So lag die Errichtung und das Gedeihen der ‚Europa-Häuser‘ im Zug der

15 Vgl. Fußnote 3.

16 Die Evangelischen Akademien in Deutschland: Protestantisch. Weltoffen. Streitbar., abrufbar unter: <http://www.evangelische-akademien.de/ueber-uns/ziele/> (letzter Zugriff: 30.1.2017); ganz ähnlich: Katholische Akademien: Das Selbstverständnis der Katholischen Akademien, abrufbar unter: http://www.katholische-akademien.de/?page_id=6 (letzter Zugriff: 30.1.2017).

Zeit. Außerdem war es ein attraktiver Gedanke, daß sich diese ‚Europa-Häuser‘, deren Gründer und Leiter alle der Europa-Union verbunden waren, zusammenschließen könnten und sollten, um gemeinsame Anliegen gemeinsam zu verfolgen, zum Beispiel Kursmaterialien zu erarbeiten, Studienleiter und Dozenten fortzubilden, und vor allem um Erfahrungen auszutauschen und auszuwerten.“¹⁷ Schon 1951 war das Europahaus Marienberg gegründet worden,¹⁸ die kaum jüngere nordrhein-westfälische Europäische Bildungs- und Aktionsgemeinschaft (EBAG, heute Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen) verband schon in ihrem Namen die beiden Aufgaben, die es jetzt in fruchtbare gegenseitige Beziehung zu setzen galt; im Laufe der 1950er-Jahre kamen weitere Häuser hinzu, darunter das Haus Lerbach, als dessen Betreiberverein das Gustav-Stresemann-Institut (GSI) gegründet wurde, und dessen Vorsitz Oppenheim übernahm – es nahm seine Arbeit 1961 unter der Leitung von Bertold Finkelstein auf, der das Institut bis 1996 leitete. Auch das Europahaus Schliersee gehört zu diesen frühen Gründungen,¹⁹ nicht viel später (1963) kam die Europäische Akademie Berlin (EAB) hinzu. Eine besondere Rolle spielte das Europahaus des Saarlandes, das 1954 in Otzenhausen ins Leben gerufen wurde und dessen langjähriger Leiter und Spiritus Rector Arno Krause, gemeinsam mit Schneider, eine entscheidende Rolle für die Gründung des Bildungswerks Europäische Politik spielen sollte.

Auf dem Weg zur Gründung des Bildungswerks Europäische Politik

Erste Ideen

In der Tat wurde der Gedanke zur Gründung eines solchen Instituts aus der Europa-Union, genauer gesagt: aus ihrem Jugendverband, von den JEF, vorgetragen. Hier war schon einige Jahre zuvor der Gedanke entstanden, die ‚Aktionen‘ an einem institutionellen Ort des Nachdenkens gründ-

17 Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann, 2005, S. 338.

18 Europahaus Marienberg: Das erste von 130 Europahäusern in über 30 Ländern, abrufbar unter: <http://www.europahaus-marienberg.eu/geschichte.html> (letzter Zugriff: 30.1.2017).

19 So schrieb Schneider zum Beispiel und gab für das Haus Schliersee 1964 heraus: Einheit und Einigung Europas. Arbeitsbuch für die politische Bildung, München 1964, S. 181, vermutlich im Nachgang zur „12. Internationale[n] Tagung der Deutschen Sektion des Europäischen Erziehungsbundes 26.-31. Dezember 1963 im Europahaus Schliersee“.

licher vorzubereiten – diese Funktion sollte ein sogenanntes ‚Seminar‘ erfüllen, worunter nicht eine weitere Veranstaltungsform, sondern eben eine institutionalisierte Reflexionsgruppe zu verstehen war. Schneider und Krause, beide in Führungspositionen bei den JEF, ergriffen schließlich die Initiative und wandten sich mit dem Vorschlag an Oppenheim, ein Institut ins Leben zu rufen, das in der Zielperspektive all der bisher gesammelten und genannten Entwicklungen lag: Es sollte ein Ort des Nachdenkens über die Optionen der deutschen Europapolitik (vor allem) angesichts der neu gegründeten EWG²⁰ sein, eine Denkstelle zur Selbstbesinnung angesichts der Kontroversen zwischen Spinelli-Anhängern und Reformern à la Brugmans. Es sollte nicht nur dem Verband – der Europa-Union –, sondern auch den Bildungsstätten – den Europahäusern – dienen, indem es didaktische und pädagogische Materialien und Anleitungen entwickelte, damit Kenntnisse über die inzwischen komplexeren drei Europäischen Gemeinschaften und nicht minder Leitbilder eines föderal geeinigten Europas weiter in die bundesrepublikanische Gesellschaft getragen werden konnten. Schneider und Krause entwarfen die Satzung für ein solches Institut, das dem Europahaus im Saarland angelagert werden und den Namen „Europäisches Institut Otzenhausen“ tragen sollte.²¹

Die Verbandsspitze der Europa-Union und insbesondere der Präsident, Oppenheim, standen dem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber. Oppenheim war bereit, Präsident des dafür zu gründenden Trägervereins zu werden, Schneider war gewissermaßen der ‚geborene‘ Geschäftsführer. „Aber dann kam es anders. Baron Oppenheim ließ sich davon überzeugen, dass es keine gute Idee sei, so etwas in dem eher abgelegenen Otzenhausen zu machen, und dass er die Sache auch nicht einfach in den Händen von uns beiden [Schneider und Krause] lassen sollte. Tatsächlich weiß [ich] nicht

20 Der zweite der Römischen Verträge, der die EURATOM ins Leben rief, spielte offenbar in den Überlegungen kaum eine Rolle.

21 Dazu maßgeblich Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann, 2005, S. 273-392, hier insbesondere S. 335-348. In den schon erwähnten Gesprächen, die ich mit Schneider führen konnte, bestätigte er diese Sicht der Dinge. Krause, der keine schriftlichen Erinnerungen oder Kommentare zu den Ereignissen und Konstellationen der damaligen Zeit hinterlassen hat, und den ich 2017 ebenfalls nach den Umständen der IEP-Gründung befragen konnte, fügte seinerseits keine abweichende Aspekte zu diesem Bild hinzu. Auch in der Geschichte der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) finden sich keine weiteren Hinweise auf die Gründungsphase des IEP. Dennoch interessant, um der Bedeutung der EAO und Arno Krauses für das IEP willen, hier: Arno Krause/Heiner Timmermann (Hrsg.): Im Dienste Europas. 50 Jahre Europäische Akademie Otzenhausen, Blikskastel 2004.

mehr, ob ihn Ehrenpräsident Friedlaender oder sein Schwiegersohn Dr. Ernst Günter Focke veranlasste, seine Zusage, die er uns gegeben hatte, wieder zurückzunehmen und einen eigenen Anlauf zu starten.“²²

Es könnte allerdings auch sein, dass noch anderes gegen das Saarland, das dortige Europahaus und insbesondere gegen Krause sprach: Kaum drei Jahre zuvor hatte sich eine Mehrheit der saarländischen Bevölkerung in einer Volksabstimmung dafür entschieden, das Saarland, das bis dahin unter französischer Ägide eine halb-autonome Regierung hatte, in die Bundesrepublik einzugliedern. Damit war die Option eines europäisierten Saarlandes, das nach dem Vorbild von Washington D.C. zukünftig Sitz europäischer Institutionen und sozusagen der nationalstaatlichen Logik entzogen, ein Bürge für ein föderales Europa hätte sein können, ad acta gelegt. Krause hatte sich entschieden für ein solches europäisiertes Saarland eingesetzt – im Gegensatz zur Regierungspolitik der Bundesrepublik: Das könnte ihn in den Augen der EUD-Spitze suspekt gemacht haben.²³ Vielleicht hatte auch sein parteipolitisches Engagement bei den sozialistischen „Falken“, dem Jugendverband der SPD, der damals noch deutlich weiter links und aktionsfreudig orientiert war, Einfluss auf seine Vertrauenswürdigkeit bei den eher konservativen Baronen und Grafen Oppenheim und Arnim – letzterer war von 1958 nur für einige Monate, bis Mai 1959 (aber damit eben gerade in der Gründungsphase des Bildungswerks) Generalsekretär der Europa-Union.

Auf der Suche nach dem Spiritus Rector: Arnold Bergstraesser

Die Frage, wo denn dann das Bildungswerk Europäische Politik – natürlich bedurfte es nun auch eines ortsunabhängigen Namens – angesiedelt werden sollte, lässt sich nicht ohne Rücksicht auf die Personen behandeln, die als mögliche Gründungsdirektoren ins Spiel gebracht wurden. Oppenheim und Friedlaender (nun Ehrenpräsident der Europa-Union) hatten, wie sie Schneider in einem Gespräch im Herbst 1958 mitteilten, schon

22 Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann, 2005, S. 339. Ernst Günter Focke war lange Jahre Generalsekretär des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, aber damals auch mit den Aufgaben des Generalsekretärs der Europa-Union betraut.

23 Diese Einschätzung, für die es keine schriftlichen Quellenbelege gibt, beruht auf Äußerungen Krauses, die dieser in einem Gespräch mit mir am 18. Januar 2017 machte. Die folgenden Vermutungen (bezüglich der „Falken“) gehen allein auf den Autor zurück.

einen Kandidaten im Auge: Ulrich Scheuner, zu dieser Zeit Bonner Staatsrechtslehrer, „zugleich einer der ‚Leibjuristen‘ von Bundeskanzler Adenauer“²⁴.

Schneider war mutig genug, dem Präsidenten und dem Generalsekretär einen anderen Namen entgegenzuhalten: Arnold Bergstraesser. Den hatte er 1955 in der Schweiz kennengelernt, bewunderte seine Ausstrahlung als Denker und Lehrer, war ihm zufällig im Herbst 1958 in Freiburg begegnet und hatte sich noch mehr von ihm und für ihn einnehmen lassen. In der Tat war Bergstraesser ein überaus angesehener Intellektueller der frühen Bundesrepublik. „Als charismatischer akademischer Lehrer vieler junger Wissenschaftler, die später bedeutende Karrieren machten, wurde Bergstraesser von Freiburg aus zu einem der Gründerväter der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.“²⁵ 1937 war er in die USA emigriert, hatte dort in Kalifornien und Chicago gelehrt, war zu Beginn der 1950er-Jahre wieder nach Deutschland gekommen und seit 1954 auf einem neuen Lehrstuhl in Freiburg tätig.²⁶ Sein Ruf reichte über die Wissenschaft hinaus: „Konrad Adenauer hätte ihn gern als Bundespräsidenten lanciert“, erinnert sich Schneider und fügt in einer Fußnote hinzu: „Das scheiterte indessen daran, dass inzwischen das Fernsehzeitalter begonnen hatte. Bergstraesser sah im Profil von der einen Seite sehr gut aus, aber die andere Gesichtshälfte war im Ersten Weltkrieg durch Schrapnellbeschuss arg entstellt,

24 Schneider: *Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann*, 2005, S. 341. Scheuner war allerdings offenbar in der Lage, sich an höchst unterschiedliche Erfordernisse der jeweiligen Regime anzupassen, wie seine affirmativen Schriften zunächst zur Weimarer Demokratie, dann aber zur Rechtmäßigkeit einer nationalen Revolution in der Zeit des Nationalsozialismus, seine Lehrtätigkeit nach 1941 an der „Reichsuniversität“ Straßburg und schließlich seine wiederum bestätigende Lehre und Publikationstätigkeit in der jungen Bundesrepublik zeigte, in der er wegen seiner Vergangenheit erst 1950 und dann in Bonn wieder einen Lehrstuhl erhielt.

25 Arnold Bergstraesser Institut: Biographische Notizen zu Arnold Bergstraesser, abrufbar unter: <http://www.arnold-bergstraesser.de/biografische-notizen-zu-arnold-bergstraesser> (letzter Zugriff: 31.1.2017).

26 Vgl. zum wissenschaftlichen Profil Arnold Bergstraesser: Dieter Oberndörfer: *Ordo Politicus. Weltpolitik als Wissenschaft*, Köln/Opladen 1965. Der Band ist „eine Sammlung der wichtigsten Schriften Arnold Bergstraessers zur Internationalen Politik“ ein Jahr nach dem Tod des Autors erschienen, darunter an erster Stelle der Beitrag „Internationale Politik als Zweig der Politischen Wissenschaft“ (S. 23-101). Zum Einfluss Bergstraessers vgl. Horst Schmidt: *Die Freiburger Schule 1954-1970. Politikwissenschaft in „Sorge um den deutschen Staat“*, in: Wilhelm Bleek/Hans J. Lietzmann (Hrsg.): *Schulen in der deutschen Politikwissenschaft*. Opladen 1999, S. 213-244.

das Auge war zerschossen. Ein Bundespräsident hätte Fernsehansprachen halten müssen, und so hatte man dem Kanzler klar gemacht, dass Bergstraesser nicht als Nachfolger von Theodor Heuss in Frage komme.“²⁷ Bergstraesser war an vielen Gründungen von (teils im allgemeineren Kontext schon erwähnten) politiknahen, nichtstaatlichen wissenschaftlichen Instituten und Reflexionszirkeln beteiligt, so etwa an der DGAP, der SWP und der APB in Tutzing – alle drei spielten von Anfang an und bis heute im Umkreis des Bildungswerks und des späteren IEP eine bedeutende Rolle.

Schneider hatte bei Oppenheim Erfolg mit seinem Hinweis auf Bergstraesser: Ersterer lud letzteren ein, den Vorsitz des zu gründenden Bildungswerks zu übernehmen – und die Antwort war positiv. Allerdings konnte Bergstraesser Schneider, noch bevor er in die Gründung des Bildungswerks eingebunden wurde, davon überzeugen, dass es für ihn, Schneider, angemessener sei, eine universitäre Laufbahn anzustreben und sich zu diesem Zweck zu habilitieren – das könne er bei ihm, Bergstraesser, in Freiburg haben und inzwischen in der neu gegründeten APB in Tutzing forschen und lehren. Am 16. März 1959, fünf Wochen vor der Gründung des Bildungswerks, trat Schneider seine Stelle als Dozent und Stellvertreter des Direktors in Tutzing an. Kurioserweise gewann also Schneider Bergstraesser für das Bildungswerk, während Bergstraesser Schneider für die universitäre Karriere und für Tutzing gewann.

Wohin mit dem Bildungswerk Europäische Politik? Köln statt Otzenhausen

Bergstraesser fasste aufgrund seiner Verbindung mit der DGAP, die damals ihren Sitz in Frankfurt am Main hatte, ins Auge, auch das Bildungswerk dort anzusiedeln; es hätte sich dort auch in unmittelbarer Nachbarschaft mit der Redaktion der Zeitschrift „Europa-Archiv“ (und ihrem Gründer und Leiter Wilhelm Cornides) befunden.²⁸ Aber diese Zu- und womöglich Ein-, vielleicht sogar Unterordnung des neuen Bildungswerks, das doch der Europa-Union und den Europahäusern zudedacht war, fand letztlich

27 Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann, 2005, S. 342. Fußnote 79 (S. 387). Die Fußnote wird hier um ihrer kulturhistorischen Bedeutung willen zitiert – der Wandel der Medien und die Präsentation von Personen in ihnen haben im letzten Jahrhundert mehrfach die Möglichkeiten politischer Karrieren befördert oder verhindert.

28 Die Zeitschrift „Europa-Archiv“ wurde 1955 von der DGAP übernommen und im Selbstverlag publiziert, 1995 von Weidenfeld herausgegeben und in „Internationale Politik“ umbenannt; als „IP“ erscheint die Zeitschrift weiterhin.

keine Zustimmung bei den Spitzen der Europa-Union – die Gründung des Instituts fand schließlich im Hause Oppenheim statt (das in diesen Jahren häufig Sitzungsort für die Leitungsgremien der Europa-Union war)²⁹ und selbst seine Geschäftsstelle wurde in einer Liegenschaft des Bankhauses Oppenheim zur Verfügung gestellt – die Protokolle der konstituierenden Sitzungen der beiden entscheidenden Leitungsgremien, des Kuratoriums und des Direktoriums, tragen neben den Daten als Ortsangabe keine Adresse, sondern die Angabe „Bankhaus Oppenheim“³⁰.

Das Bildungswerk Europäische Politik konstituiert sich

Zweck, Aufgaben und Organe: Die Satzung

Die Satzung, die schließlich aus längeren Debatten resultierte und Grundlage für die Arbeit der ersten Jahre wurde, band das Bildungswerk eng an die Europa-Union, in zweiter Linie an die Bildungsarbeit in den Europahäusern: „Zur Erfüllung seines Zwecks ist der Verein gehalten, politische Beschlüsse des Kongresses der Europa-Union zu beachten. Die Entscheidungen der Organe des Vereins sind darauf abzustellen, dass sie mit der Zielsetzung der Europa-Union Deutschland in Einklang stehen und einer eventuellen Überprüfung im Kongreß der Europa-Union standhalten.“ (§ 3 Abs. 1). Als ‚Aufgabe‘ wird dem Bildungswerk Europäische Politik gestellt, nicht nur die „politische Bildungsarbeit in der Europa-Union“, sondern „insbesondere in den Europa-Häusern und anderen europäischen Bildungsinstitutionen herauszustellen und zu koordinieren.“ (§ 3 Abs. 2). Damit ist klar, dass das Bildungswerk eine dienende Funktion haben und nicht – jedenfalls nicht in erster Linie – eigene Ziele verfolgen, sich selbst Aufgaben stellen sollte, etwa in der Forschung. Und es ist ebenso deutlich, dass es eine Abstufung zwischen den Verpflichtungen zur Dienstleistung gab: An erster Stelle stand die EUD, an zweiter Stelle die Europahäuser.

Die Strukturen des Vereins reflektieren diese Zweckbestimmung und Aufgabenstellung. Die beiden entscheidenden Organe waren das Kuratorium und das Direktorium, neben der Mitgliederversammlung, dem Vor-

29 Schneider erzählt davon unter anderem höchst amüsante Anekdoten, aber auch milieugeschichtliche Details. Vgl. Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann, 2005, S. 273-392.

30 Hier und im Folgenden wird aus Dokumenten zitiert, die im Hausarchiv des IEP lagern und dort bei Bedarf einsehbar sind.

stand und dem Schiedsausschuss. Während die Mitgliederversammlung lapidar abgehakt wird – mit der Bestimmung „Die Mitglieder des Vereins sind die Gründer“ (§ 2 Abs. 1) –, werden Kuratorium und Direktorium eingehend konturiert. Das eigentliche Leitungsorgan des Vereins ist das Kuratorium; es ist „dazu berufen, die Beschlüsse zu fassen und deren Durchführung zu überwachen, welche zur Erfüllung des Zwecks und der Aufgaben des Vereins erforderlich sind.“ Das Verhältnis zwischen Kuratorium und Direktorium wird aus dem folgenden Satz erkennbar: „Es [das Kuratorium] bedient sich dazu des Direktoriums“ (§ 6 Abs. 1). In der Zusammensetzung des Kuratoriums schlägt sich die Bindung an die Europa-Union und – in zweiter Linie – an die Europahäuser nieder: Unter seinen bis zu 40 Mitgliedern werden an erster Stelle und kraft Amtes der Präsident der Europa-Union, ein weiteres Präsidiumsmitglied, der Bundesvorsitzende der JEF und der Generalsekretär der Europa-Union genannt. Eine zweite Gruppe von Kuratoriumsmitgliedern wird von den Europahäusern gebildet, die je zwei Vertreter in dieses Gremium entsenden. Die weiteren Mitglieder werden nach dem Kriterium berufen, inwieweit sie „besonders geeignet sind, die Ziele der Europa-Union Deutschland zu vertreten und Richtlinien für eine europäische Bildungsarbeit zu geben.“ (§ 6 Abs. 3c)

Während das Kuratorium nur einmal jährlich zusammentreten soll, hält das Direktorium, als operatives Leitungsgremium, seine Sitzungen vierteljährlich ab. Dabei legt es „unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Kuratoriums die Grundsätze der politischen Bildungsarbeit fest. Es erarbeitet Unterlagen und Material“ für diese Bildungsmaßnahmen und ist „berechtigt, sich Einblick in die Bildungsarbeit der Gliederungen der Europa-Union Deutschland sowie die mit dem Verein zusammenarbeitenden Organisationen [d. h. die Europahäuser] zu beschaffen.“ Letztere können nichtsdestoweniger „die Einzelarbeit, insbesondere in der Methodik, frei gestalten.“ (§ 7) Das Direktorium „wird aus der Mitte des Kuratoriums gebildet“ und hat deutlich weniger Mitglieder als letzteres; in jedem Fall gehören auch dem Direktorium die Vertreter der Europa-Union und der Europahäuser an. Für seine Tätigkeit hat sich das Direktorium nicht nur vor dem Kuratorium, sondern auch vor dem jährlichen Kongress der Europa-Union zu verantworten.

Weitere Vereinsorgane werden nur am Rande erwähnt und nur aus vereinsrechtlichen Gründen: Das gilt für den Vorstand (§ 8), der lediglich aus Präsident und Generalsekretär der Europa-Union besteht, wie für den Schiedsausschuss. Eine ungewöhnliche Bestimmung regelt die Geschäftsführung: „Für den Bereich einer jeden der mit dem Verein zusammenarbeitenden europäischen Bildungsinstitutionen [wieder können damit nur die Europahäuser gemeint sein] wird als Geschäftsführer des Vereins ein

besonderer Vertreter im Sinne von § 30 BGB bestellt. Die Bestellung erfolgt durch die Leitung der betreffenden Bildungsinstitution jeweils für den eigenen Bereich.“ Die Funktion dieser ‚Geschäftsführer‘ ist jedenfalls an die Vorgaben des Direktoriums gebunden: „Die besonderen Vertreter haben jeweils für ihren Bereich die Aufgaben, die ihnen das Direktorium zuweist.“

Offenbar war das eine nicht funktionstüchtige Konstruktion der ‚Geschäftsführung‘, wie überhaupt die Leiter der Europahäuser, selbst Persönlichkeiten mit ausgeprägtem intellektuellen Profil, die von der Satzung des Bildungswerks anvisierte Einbindung in einen engen Verbund nur zögernd annahmen oder dem Bildungswerk gleich ganz fernblieben, um sich nicht sagen lassen zu müssen, wie sie ihre Bildungsveranstaltungen anzulegen hätten.

Die Frage, wer die operative Verantwortung für die Arbeit des neuen Instituts – des Bildungswerks Europäische Politik – übernehmen sollte, war ohnehin neu zu beantworten, nachdem Schneider nach Tutzing berufen worden war und sich dort seiner Habilitation widmete. Bergstraesser hatte dafür seinen Freund, den Literaten und Kulturwissenschaftler Carl Rothe im Sinn, der damals in Freiburg damit beschäftigt war, die Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschung (das spätere Arnold-Bergstraesser-Institut) aufzubauen. Aber auch diese Personalie wurde anders entschieden: Die Geschäftsführung wurde schließlich Katharina Focke übertragen,³¹ der Tochter Ernst Friedlaenders und Frau des neuen Generalsekretärs der Europa-Union und des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Ernst Günther Focke. Sie blieb für (nahezu) ein Jahrzehnt Geschäftsführerin des Bildungswerks; zu ihren ersten Publikationen für das neue Institut gehörte ein Buch, das sie 1963 im Europa-Union Verlag zusammen mit ihrem Vater unter dem Titel „Europa über den Nationen“ herausgab.³²

31 Angesichts der unübersichtlichen Archivlage war nicht ganz zu klären, wann genau Katharina Focke die Geschäftsführung für das Bildungswerk Europäische Politik übernahm; möglicherweise geschah das erst 1961, und so lange könnte in der Tat die Auseinandersetzung mit den Europahäusern um deren Einbindung oder Distanz gedauert haben. Katharina Focke starb am 10. Juli 2016 in Köln, sie konnte für die Zwecke dieser Gründungsgeschichte nicht mehr befragt werden.

32 Siehe: Katharina Focke/Ernst Friedlaender: Europa über den Nationen, in: Europäische Schriften des Bildungswerks Europäische Politik, 3/1963.

Kuratorium und Direktorium: Die konstituierenden Sitzungen

Folgerichtig trat zunächst das Kuratorium zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, am 4. September 1959, im Bankhaus Oppenheim in Köln-Lindenthal, unter Leitung – natürlich – von Oppenheim, Präsident der EUD. Unter den 25 Teilnehmern an dieser Sitzung finden sich – ebenso selbstverständlich – Bergstraesser, Friedlaender, Ernst Günter Focke, Kurt Birrenbach;³³ für den verhinderten JEF-Vorsitzenden Rudolf Woller der junge Gerhard Eickhorn, der später eine tragende Rolle im Ensemble der Europa-Verbände spielen sollte;³⁴ für das saarländische Europahaus Otzenhausen dessen Vorsitzender Alfons Dawo und Krause; der schon erwähnte schleswig-holsteinische Landesbeauftragte für politische Bildung Ernst Hessenaue;³⁵ dagegen ‚nur‘ als Gast Bertold Finkelstein – ausgerechnet das von Oppenheim selbst ins Leben gerufene Haus Lerbach, zu dessen Ausrichtung und Betreuung ein Verein unter dem Titel „Gustav Stresemann-Institut“ gegründet wird, in dem Finkelstein für die kommenden fast fünf Jahrzehnte eine führende Rolle spielen sollte, zog bei der Gründung des Bildungswerks nicht mit.

Bergstraesser, einstimmig zum Vorsitzenden des Kuratoriums gewählt, beeilte sich in seiner „ausführlichen Darstellung des Bildungswerks“, den „föderativen Charakter der Bildungsarbeit“ zu „unterstreichen“; damit hätten „auch die dem Bildungswerk angehörenden Bildungsträger Freiheit in

33 Birrenbach, zu dieser Zeit Vizepräsident der Europa-Union, war für die CDU Bundestagsabgeordneter, dort Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, allerdings besonders in der „Atlantik-Brücke“ engagiert und als „Atlantiker“ gelegentlich im Konflikt mit Adenauer über die Frage, ob die europäische Integration (Adenauer) oder die transatlantischen Beziehungen (Birrenbach) Vorrang haben sollten. Von 1973 bis 1981 war Birrenbach Präsident der DGAP.

34 Vgl. Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann, 2005, S. 356-357: „Eickhorn gelang es, sozusagen ein Verbundsystem von Europa-Union, Deutschem Rat der europäischen Bewegung Bildungswerk Europäische Politik/Institut für Europäische Politik, Europäischen Akademien und anderen Einrichtungen aufzubauen, Synergien zustande zu bringen und Oppenheim das Gefühl zu geben, dass sich das Engagement hierfür lohnte. So behielt er seine zentrale Position in diesem System auch weit über die Ära Oppenheim hinaus.“

35 Er regte in der Aussprache an, die Aufnahme der „Grenzakademie Sankelmark“ zu erwägen, weil sie als grenznahe Europahaus besonders geeignet sei, europäische Einigung zu lehren und zu leben – ein Argument, dem sich Dawo im Namen des Europahauses Otzenhausen sofort anschloss. Bei der Konstituierenden Sitzung des Direktoriums wurde dem „Wunsch Ausdruck [verliehen], dass die Akademie Sankelmark bei Flensburg wenigstens teilweise in den engsten Kreis der Bildungsträger einbezogen“ werde.

der Gestaltung ihrer Programme“ – ein Appell und Angebot, das dennoch viele unter den Europahäusern nicht locken konnte. Zu der Frage, inwieweit das Bildungswerk eigene Forschungsarbeit leisten sollte, war Bergstraessers Haltung (soweit im Protokoll der Sitzung wiedergegeben) nicht ganz eindeutig: „Das Bildungswerk selbst“ sollte „kein eigenes Forschungsinstitut werden“, sollte aber doch nicht nur „eine Bestandsaufnahme des Schrifttums vornehmen und sich eine Übersicht über das Wirken anderer Institute verschaffen“, die Zusammenarbeit mit ihnen pflegten, sondern auch „zur Durchleuchtung von Einzelfragen Forschungsaufträge vergeben“, deren Finanzierung „von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu erhoffen“ wäre. Auf die Nachfrage von Friedlaender, „in welchem Maß und in welchem Rahmen das Bildungswerk eigene Forschungsarbeit übernehmen wolle“, antwortet Bergstraesser, dass es „nicht in Konkurrenz zu den akademischen Forschungseinrichtungen treten wolle; es solle aber in Korrespondenzverhältnis z.B. mit dem Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ treten und im übrigen „praktische Unterstützung insbesondere bei der Verbandsarbeit der Europa-Union leisten.“

Dann holt Bergstraesser zu einer weiträumigen Schau der deutschen Bildungslandschaft aus, beklagt „das Überwiegen geisteswissenschaftlicher und philologischer Gesichtspunkte“, die „nicht zum Verständnis des Politischen hinführen“, anders als seine Erfahrungen in den USA es nahelegten. „Im Rahmen einer geistigen Bestandsaufnahme“ sei „die Besinnung über den Gehalt des Europäischen dringend notwendig.“ Er hält es „für unerträglich, dass alte Vorurteile über das Wesen anderer Völker [...] einfach weitergeschleppt würden“ und stellt dem neuen Bildungswerk als „besondere Aufgabe“ die „Korrektur der Vorstellungen, die das außereuropäische Ausland von Europa, wie der Vorstellungen, die die europäischen Völker voneinander haben.“

Bei der Konstituierenden Sitzung des Kuratoriums wurden satzungsgemäß auch die Mitglieder des Direktoriums benannt: Neben den ‚geborenen‘ Mitgliedern (Oppenheim selbst als Präsident der Europa-Union, Dieter Roser als Vizepräsident der Europa-Union, Woller als JEF-Vorsitzendem und Ernst Günter Focke als Generalsekretär der Europa-Union) zählten dazu die von den Europahäusern Schliersee und Otzenhausen benannten Erwin von Bressendorf und Dawo; um weiteren Benennungen nicht vorzugreifen, wurden nur drei der sechs zusätzlichen Mitglieder benannt: Bergstraesser und Scheuner (der bekanntlich von Oppenheim ursprünglich dazu ausersehen war, das Bildungswerk zu leiten, siehe oben) sowie

Hans Karl von Mangoldt-Reiboldt³⁶ (die beiden letztgenannten in Abwesenheit – sie waren auch bei der Konstituierenden Sitzung des Direktatoriums nicht anwesend).

Das Direktorium trat einen Monat später zu seiner Konstituierenden Sitzung zusammen, am 5. Oktober 1959, wiederum im Bankhaus Oppenheim. Dabei wurde ein Arbeitsprogramm beschlossen, mit zwei Prioritäten: An erster Stelle stand die „Ausarbeitung des Entwurfs einer politischen Konzeption der Europa-Union, sowohl was die allgemeine Politik angeht, wie im Hinblick auf die von den Bildungsträgern zu leistende Arbeit, wobei diese Konzeption klar gegen die anderer Organisationen abgegrenzt wird (Spinelli, Theodor Soucek,³⁷ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi,³⁸ Nation Europa³⁹).“ Offenkundig wird, besonders in den Abgrenzungen zu Spinelli, der Paneuropa-Union und den (noch nicht einmal neo-, sondern unvermindert) faschistischen Europa-Plänen die eingangs skizzierte Diskussionslage bezüglich fragwürdig gewordener und neuer Begründung bedürftiger Leitbilder europäischer Einigung – ein Bedarf der Europa-Union, den das Bildungswerk decken sollte.

Die zweite Priorität im Arbeitsprogramm des neuen Instituts sollten „Vorschläge für die Programmgestaltung der Bildungsträger“ (d. h. erneut der Europahäuser) haben. Aber nur drei Vertreter der Europahäuser waren bei dieser Sitzung anwesend: Neben Dawo (für Otzenhausen) und von Bressensdorf (für Schliersee) nur noch Finkelstein (und dieser nur als

36 Er war von 1948 bis 1951 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) in Paris. Von 1952 bis 1962 amtierte er als Deutscher Vizegouverneur beim Internationalen Währungsfonds (IWF), von 1958 bis 1964 als Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) und von 1963 bis 1967 als Präsident des OECD-Konsortiums für die Entwicklung der Türkei.

37 Soucek war ein österreichischer Nationalsozialist, der 1956 mit seinem Buch „Wir rufen Europa. Vereinigung des Abendlandes auf sozial-organischer Grundlage“ (Salzburg) in die Stimmen zur Gründung eines (immer noch faschistischen) „Vierten Reiches“ Europa einfiel.

38 Coudenhove-Kalergi dürfte es in dieser Gesellschaft – zwischen Soucek und „Nation Europa“, allerdings auch bei Spinelli – ein wenig unwohl geworden sein, denn seine Paneuropa-Union war zwar sicher eher konservativ und zielte auf die Gewinnung etablierter politischer Eliten, vor allem in Parlamenten, für Europa, aber rechtsextrem war sie nie; Schneider bekannte, dass ihn die Lektüre von Coudenhove-Kalergis „Paneuropa“ (das erstmals 1923 erschien) in der unmittelbaren Nachkriegszeit von der Notwendigkeit europäischer Einigung schlagartig überzeugte.

39 Zu „Nation Europa“ vgl. die Dissertation von Michael Lausberg: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946-1971, Aachen 2011, S. 257-261.

Gast). Nachdem diese drei über die Arbeit der Europahäuser berichtet hatten, wurde deutlich, „wie nötig es ist, das Verhältnis der einzelnen Bildungsträger, aber auch des Bildungswerkes zu den Behörden, insbesondere soweit diese finanzielle Hilfe leisten, zu klären.“ Bergstraesser allerdings, offenbar an solchen Geschäftsführungs-Details weniger interessiert, betonte, dass die Europahäuser „aus eigenen Kräften für Zuschüsse sorgen“ sollten und dass überhaupt die finanzielle Förderung der Bildungsarbeit „auf einer späteren Sitzung“ behandelt werden solle. Eine Geschäftsführung wurde weder bei der Sitzung des Kuratoriums noch bei der des Direktoriums benannt. Schließlich verweise das Direktorium „die Vorbereitung der weiteren Arbeit“ an zwei Arbeitsgruppen, deren eine die organisatorischen Fragen behandeln solle, während die andere die politische Konzeption zu beraten habe. Nicht überraschend leitete Bergstraesser die politische Arbeitsgruppe, Ernst Günter Focke die organisatorische; ihr gehörten auch die Vertreter der Europahäuser an. Das „Grundsatzkomitee“ vertagte sich auf den 18. November 1959 (Buß- und Bettag!), und bezeichnenderweise nicht in einem der Europahäuser, sondern in der Evangelischen Akademie Herrenalp (bei Karlsruhe), das Organisationskomitee auf den 27. November 1959 in München. Damit war der Weg für die nächsten Schritte vorgezeichnet, das Bildungswerk Europäische Politik nahm seine Arbeit auf.

Zwischenbilanz

Bei der Gründung des Bildungswerks wurden alle zuvor genannten allgemeineren Entwicklungen und Umstände zu Einflussfaktoren, die erklären, warum es zur Einrichtung eines solchen Instituts kam und warum es einen bestimmten ‚Pfad‘ einschlug: Die Kontroversen um die ‚richtige‘ Orientierung einer föderalen deutschen Europapolitik reichen bis in die Debatten der konstituierenden Sitzungen seiner Organe hinein, ebenso wie der Bedarf der Europa-Union nach gründlich durchdachten Leitbildern⁴⁰ angesichts irritierender Konkurrenz. Bildung – im Sinne von Verständnis für das, was europapolitisch auf dem Spiel stand – schien die Aufgabe der Stunde zu sein. Nicht ganz klar war dagegen, wo und wie diese Bildung zu konzipieren wäre: Sollte sie doch auf eigene Forschungen des Bildungs-

40 Schneiders bevorzugtes Forschungsfeld – „Leitbilder“ – mag sich aus dieser Situation abgeleitet haben. Vgl. sein Standardwerk Heinrich Schneider: Leitbilder der Europapolitik 1. Der Weg zur Integration, Bonn 1977; vgl. auch Roland Hierzinger/Johannes Pollak (Hrsg.): Europäische Leitbilder. Festschrift für Heinrich Schneider, Baden-Baden 2001.

werks gegründet werden, die eventuell zu eigenen Publikationen führen würden – oder sollte das Bildungswerk nur die Beschlüsse der Europa-Union didaktisch und pädagogisch aufbereiten, in Kenntnis der Bildungslandschaft der Zeit? Und sollte diese Bildung den Europahäusern angeboten, nahegelegt, aufgedrängt werden? Sollte die Europa-Union in ihren Gliederungen auch Bildungsangebote entwickeln?

Mit der Ansiedlung in Köln (statt in Otzenhausen), der Berufung Bergstraessers (statt Scheuners) als Spiritus Rector, und später mit Katharina Focke als Geschäftsführerin (anstelle Schneiders) hatte sich der Ort des Bildungswerks im Dreieck mit Europa-Union und Europahäusern jedenfalls bereits bei der Gründung verschoben: Das neue Institut war nicht so dicht an den Europäischen Akademien, wie das der Fall gewesen wäre, wenn es in einer von ihnen – eben Otzenhausen – angesiedelt worden wäre und wenn mehr Europahäuser es mit mehr Engagement angenommen hätten. Zudem war es trotz aller Versicherungen und satzungsgemäßen Vorkehrungen nicht so eng mit der Verbandsarbeit der Europa-Union verknüpft, wie das mit Schneider – dem JEF-Vorsitzenden – der Fall gewesen wäre.

Stattdessen hatte sich das Bildungswerk bereits im Verlauf des Gründungsprozesses bewegt, und zwar in Richtung eines anspruchsvollen wissenschaftlichen Instituts – Bergstraesser garantierte dafür. Das Bildungswerk hatte ein Auge auf einen verstärkten Dialog mit der bundesdeutschen Europapolitik, über die Europa-Union hinaus, geworfen. Es orientierte sich dabei an ähnlichen Einrichtungen, wie Bergstraesser sie zur gleichen Zeit (mit anderen Gründern) ins Leben rief – wie die DGAP und die SWP. Katharina Focke nutzte ihre Funktion in den folgenden Jahren auch als Sprungbrett in die Politik, wo sie letztlich als Bundesministerin für Jugend, Gesundheit und Familie in den Regierungen Brandt und Schmidt den Gipfel ihrer Karriere erreichte. Der ‚Pfad‘, der dem Bildungswerk Europäische Politik in seiner Satzung vorgezeichnet worden war, konnte in verschiedene Richtungen beschriftet werden.

Das Institut für Europäische Politik: Ein Zukunftsmodell zwischen Gegenwind für das europäische Projekt und Aufwind für seine Arbeit

Katrin Böttger/Funda Tekin

Einleitung: Vom Gegenwind zum Aufwind

Die letzten 60 Jahre der europäischen Integrationsgeschichte waren immer wieder von Hochs und Tiefs, von Reformen und Krisen geprägt. Das Institut für Europäische Politik (IEP) hat diesen Prozess intensiv mit Analysen, Debatten und Lehre begleitet.¹ In den letzten Jahren bläst dem europäischen Projekt jedoch ein besonders starker Wind ins Gesicht. Der massive Zuwachs an Flüchtlingen, die im Jahr 2015 in einer Vielzahl von EU-Mitgliedstaaten Zuflucht und Asyl suchten, hat nicht nur die Schwächen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und der Dublin-Verordnung, sondern darüber hinaus auch die Fragilität der Solidarität in Europa offenlegt. Allgemein hat der Europaskeptizismus – sowohl der harte der Europa-AblehnerInnen, der in letzter Konsequenz auf einen EU-Austritt abzielt, als auch der weiche, der sich in einer qualitativ-konstruktiven Systemkritik äußert² – in der Europäischen Union Fuß gefasst und sich durch die sogenannte Migrationskrise oder auch den Krisen in der Eurozone ausgeweitet. Eine solche Rückbesinnung auf den Nationalstaat geht mit einem Zuwachs an (rechts-)populistischen Bewegungen und Parteien einher. Somit kann ein ‚permissiver Konsens‘ in der Europapolitik – auch in Deutsch-

-
- 1 Siehe in diesem Band: Mathias Jopp: Das Institut für Europäische Politik in den 1990er- und 2000er-Jahren: Zeiten der Vertiefung, Erweiterung und Politisierung des europäischen Projekts, Baden-Baden 2019, S. 131-164; Beate Kohler: Das Institut für Europäische Politik in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren: Vom Bildungswerk Europäische Politik zum Institut für Europäische Politik, Baden-Baden 2019, S. 87-109; Wolfgang Wessels: Das Institut für Europäische Politik in den 1970er- und 1980er-Jahren: Auf dem Weg zu einem europäischen Think Tank, Baden-Baden 2019, S. 111-130.
 - 2 Vgl. Oskar Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, in: Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 171-186, hier S. 174.

land – nicht mehr als gegeben gelten.³ Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs vom 23. Juni 2016, aus der Europäischen Union auszutreten, stellt die extreme Form dieser Problematik dar und zeigte auf, dass es im europäischen Projekt auch zu Desintegrationstendenzen kommen kann. Allerdings ist aktuell noch offen, ob, wie und wann ein solcher Brexit vollzogen werden wird. Diese innereuropäischen Entwicklungen spiegeln zugleich globale Trends wider. Die liberale Weltordnung ist unter Druck geraten. Starke Führungspersönlichkeiten wie US-Präsident Donald Trump oder auch Präsidenten von autokratisch geprägten Systemen wie Russlands Präsident Wladimir Putin oder der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan geben den Ton an und stellen internationale Abkommen und Werte sowie traditionelle Allianzen infrage. Darüber hinaus betreten neue globale Akteure wie China die Weltbühne. Hierdurch ist es dringend notwendig geworden, dass die Europäische Union „die Entschlossenheit zeigt, eine gemeinsame Außenpolitik zu formulieren, und [...] die Fähigkeiten [entwickelt], europäische Außenpolitik auch durchzusetzen“⁴.

Der Gegenwind für das Projekt Europa bedeutet gleichzeitig einen Aufwind für die Arbeit des IEP in zweierlei Hinsicht: Zum einen ist der Grundauftrag des IEP, „die Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen und die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern“⁵ relevanter denn je. Zum anderen ist es essenziell geworden, die Mittel und Instrumente, einen solchen Auftrag auszuführen, zu hinterfragen und den veränderten Herausforderungen anzupassen. Somit ist ein Wandel erforderlich: Anstatt im Rahmen eines Elitendiskurses und eines permissiven Konsens Europapolitik nur wissenschaftlich zu analysieren, wurde der externe Anspruch an das IEP sowie das interne Selbstverständnis, eine verstärkte Vermittlung europäischer Themen an die BürgerInnen zu ermöglichen, größer. Das IEP nimmt sich dieser Aufgabe verstärkt an. Dabei strukturiert es die Arbeit auch in Zukunft gemäß den drei Kernbereichen Forschung, Forum, Fortbildung, in denen das IEP seit jeher für seine qualitativ hochwertige Arbeit geschätzt wird. Darüber hinaus erhält das IEP Aufwind dadurch, dass die Wissen-

3 Vgl. Liesbet Hooghe/Gary Marks: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science* 1/2009, S. 1-23.

4 Heiko Maas: „Mut zu Europa – #EuropeUnited“, 13.6.2018, abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420> (letzter Zugriff: 26.7.2019).

5 Institut für Europäische Politik: *Satzung*, Stand 2017, abrufbar unter: <https://tinyurl.com/iep-berlin-de-satzung2017> (letzter Zugriff: 17.7.2019).

schafts- und Akteurslandschaft, die sich in Berlin mit europäischen Themen befasst, stark gewachsen ist. Eine solche Konkurrenz belebt das Geschäft für das IEP insofern, als dass traditionelle Formate wie die Mittagsgespräche in Berlin, die Jahrestagung des Wissenschaftlichen Direktoriums oder die bi- und multilateralen Foren geprüft und wo nötig reformiert werden. Des Weiteren etabliert das IEP neue Formate wie die Ukraine- und IEP-Frühstücksgespräche oder die Zusammenarbeit mit jungen Netzwerken, wie im Projekt „#EngagEU“⁶. Da das IEP aber weiterhin seinen Schwerpunkt als Multiplikator in Fragen der europäischen Integration verfolgt, ist eine Vernetzung sowohl in Deutschland als auch Europa notwendig. Hier ist das IEP bereits sehr gut aufgestellt: Innerhalb Deutschlands zählen zu seinen Partnern der ‚Mutterverein‘, die Europa-Union Deutschland (EUD)⁷ und das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD), das 2019 sein 70-jähriges Bestehen feiert, sowie der Arbeitskreis Europäische Integration (AEI)⁸, der in diesem Jahr 50 Jahre alt wird. Mit vielen seiner internationalen Partnern ist das IEP als Gründungsmitglied in der Trans European Policy Studies Association (TEPSA) vereint, wobei insbesondere das Centre international de formation européenne (CIFE) hervorzuheben ist, mit dem das IEP in der internationalen Lehre tätig ist⁹ und sich seit 2010 eine Büroetage teilt. Dennoch erfordern die aktuellen Entwicklungen eine Verfestigung solcher Netzwerke sowie ihren kontinuierlichen und zielgerichteten Ausbau. Dabei tritt die Jugend-Dimension besonders in den Fokus, da nicht zuletzt die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 gezeigt haben, dass das Verständnis von europäischer Integration, der relevanten Zukunftsthemen sowie der Kommunikation von Politik im Grunde auch eine Generationsfrage ist. Das IEP hat deshalb bereits junge Netzwerke wie „Alternative Europa!“ (#ALTEU!) oder „#EngagEU“ sowie Kooperationen mit Polis180 oder Pulse of Europe aufgebaut.

6 Vgl. Institut für Europäische Politik: Jugendbeteiligung und junge Themen bei den nächsten Europawahlen 2019 – #EngagEU!, Stand 2019, abrufbar unter: <http://iep-berlin.de/forschung/debatte-zur-zukunft-der-europaeischen-union/engageu/> (letzter Zugriff: 15.7.2019).

7 Siehe in diesem Band: Kohler: Das Institut für Europäische Politik in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren, 2019, S. 87-109.

8 Siehe in diesem Band: Rudolf Hrbek: Arbeitskreis Europäische Integration und Institut für Europäische Politik: Eine konstante Kooperation seit 1969, Baden-Baden 2019, S. 271-282.

9 Vgl. Institut für Europäische Politik: PhD Support Programme EUCACIS, abrufbar unter: <http://iep-berlin.de/en/training/phd-support-programme-eucacis/> (letzter Zugriff: 23.7.2019).

Diese Herausforderungen und aktuellen Aufgaben geben dem IEP Aufwind, der durch einen Wechsel in der Geschäftsführung weitergetragen wird. Der langjährige Direktor des IEP, Mathias Jopp,¹⁰ wurde am 1. Juli 2018 offiziell verabschiedet und die Autorinnen dieses Beitrags, Katrin Böttger und Funda Tekin, haben die Leitung in Form einer Doppelspitze übernommen. Auch wenn dies einen Generationswechsel bedeutet, ist der neuen Geschäftsführung sehr wohl bewusst – was zudem die anderen Beiträge in diesem Band eindringlich vor Augen geführt haben – wie sehr einzelne Persönlichkeiten die Arbeit des IEP und seiner Partner über die letzten Jahre begleitet und geprägt haben. Daher wird dieser Wandel sich immer auch auf die Errungenschaften vorangegangener Persönlichkeiten des IEP stützen. In diesem Lichte ist das Bedauern umso größer, dass kurz vor dem Wechsel in der Leitung die letzten beiden Gründer des IEP, Arno Krause am 12. Januar 2018 im Alter von 87 Jahren und Heinrich Schneider am 1. April 2018 im Alter von 88 Jahren, verstorben sind.¹¹

In den folgenden drei Absätzen wird zunächst ein Ausblick auf die bevorstehenden Herausforderungen für das Projekt Europa und darauf aufbauend die Forschungsagenda des IEP der Zukunft dargelegt, bevor abschließend der sich daraus ergebende Handlungsbedarf für die nächsten Jahre skizziert wird.

Europäische Integration – Kein Auslauf, sondern ein Zukunftsmodell

In Anbetracht sich vermehrender und lauter werdender europaskeptischer Stimmen in Europa, scheint die Befürchtung gerechtfertigt, dass die Europäische Union zunehmend als ein Auslaufmodell betrachtet wird. So schreibt sich die AfD in ihrem Programm zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 den sogenannten „Dexit“ auf die Fahne. Wenn die Europäische Union sich nicht auf das Nationalstaatsprinzip zurückbesinne, dann wäre ein Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union oder eine geordnete Auflösung der selbigen mit Gründung einer neuen europä-

10 Siehe in diesem Band: Jopp: Das Institut für Europäische Politik in den 1990er- und 2000er-Jahren, 2019, S. 131-164.

11 Siehe in diesem Band: Institut für Europäische Politik: Die Gründerväter des Instituts für Europäische Politik: Heinrich Schneider, Arno Krause und Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim, Baden-Baden 2019, S. 331-334.

ischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft notwendig.¹² Der italienische Innenminister, Matteo Salvini, baute seine Popularität lange Zeit mit der Forderung nach der Zerschlagung der Europäischen Union aus. Auch wenn er gegenwärtig in Regierungsverantwortung eine gemäßigte Position vertritt, strebt er dennoch an, die Europäische Union radikal nach seinen nationalstaatlich geprägten Vorstellungen umzubauen.¹³ Neben diesen prominenten Beispielen für den um sich greifenden populistischen Europaskeptizismus, der schon 2014, aber insbesondere vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 angewachsen war, und der sich auch in der Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments widerspiegelt,¹⁴ wird das europäische Projekt darüber hinaus in vollkommen anderen Grundfesten bedroht: In einigen Mitgliedstaaten wurden in jüngster Vergangenheit zunehmend Freiheitsrechte angegriffen und die Rechtsstaatlichkeit infrage gestellt. Diese Vorfälle reichen von Morden an JournalistInnen in der Slowakei und Malta bis hin zu Justiz- und Verwaltungsreformen in Polen und Ungarn, gegen die von der Europäischen Kommission Rechtsstaatsverfahren eingeleitet wurden. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auszutreten, gilt als Sinnbild für die drohenden Desintegrationstendenzen innerhalb der Europäischen Union. Der befürchtete Dominoeffekt, bei dem andere Mitgliedstaaten dem britischen Vorbild folgen würden, ist allerdings nicht eingetreten. Im Gegenteil, die übrigen 27 Mitgliedstaaten vollzogen einen Schulterchluss in den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und stießen darüber hinaus eine Diskussion zur gemeinsamen Ausgestaltung Europas an.¹⁵

12 Vgl. Alternative für Deutschland: Ein Europa der Nationen – Vielfalt statt Gleichmacherei, Stand 2019, abrufbar unter: <https://www.afd.de/europa-eu/> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

13 Vgl. Hans-Jürgen Schlamp: Wie Lega-Chef Salvini die EU umbauen will, in: Spiegel Online, 12.5.2019, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-wie-lega-chef-matteo-salvini-die-eu-umbauen-will-a-1266786.html> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

14 Vgl. Manuel Müller: Nach der Europawahl 2019, 29.5.2019, abrufbar unter: <https://www.foederalist.eu/2019/05/nach-der-europawahl-2019.html> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

15 Vgl. Rat der Europäischen Union: Erklärung von Bratislava und Bratislava-Fahrplan, 16.9.2016, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/21232/160916-bratislava-declaration-and-roadmap-de.pdf> (letzter Zugriff: 11.7.2019); Europäische Kommission: Weissbuch zur Zukunft Europas, 1.3.2017, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf (letzter Zugriff: 11.7.2019).

Auch wenn die europäische Integration unter Druck steht, so ist ihre Einordnung als Auslaufmodell somit dennoch verfehlt. Zudem ist es von höchster Relevanz sich an die Gründungsmotive und -leitbilder¹⁶ des europäischen Projekts zu erinnern, die auf wesentlichen Lektionen aus zwei Weltkriegen basieren.¹⁷ Auch wenn dieses Friedensnarrativ in der heutigen Zeit um weitere Narrative der europäischen Integration ergänzt werden sollte, so sind Frieden, Wohlstand und Demokratie eben keine Selbstverständlichkeit und die Europäische Union einer ihrer wichtigsten Garanten.¹⁸ Neue Bewegungen und Parteien wie die französische *La République en Marche* oder auch die paneuropäische *Volt Europa* haben den proeuropäischen Ansichten wieder eine etwas lautere Stimme gegeben und propagieren die europäische Integration als Zukunftsmodell. Hier werden auch in Zukunft die Analysen und Arbeiten des IEP ansetzen. Die grundlegende Überzeugung ist, dass Europas Zukunft in der europäischen Integration und dessen demokratischer Ausgestaltung liegt. Allerdings ist in Anbetracht aktueller Entwicklungen eine konstruktiv-kritische Herangehensweise geboten, welche die folgenden fünf grundlegenden Herausforderungen für das europäische Projekt reflektierend einbindet:

Erstens stellt sich die Frage nach dem Zusammenhalt in Europa. Es ziehen sich immer wieder Trennlinien zwischen Gruppierungen von Mitgliedstaaten hinsichtlich ökonomischer Systeme und deren Leistungsfähigkeit (die sogenannte Nord-Süd-Trennlinie, die insbesondere während der Krisen in der Eurozone deutlich hervortrat), Entwicklungen demokratischer Systeme (die sogenannte Ost-West-Trennlinie, die nach dem Zehn-plus-Zwei-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) sowie Malta und Zypern, auftrat) oder auch dem Verständnis von Solidari-

16 Siehe: Martin Große Hüttmann: Leitbilder deutscher Europapolitik, in: Böttger/Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, 2016, S. 31-44; Gesa-Stefanie Brincker/Mathias Jopp/Lenka Anna Rovná (Hrsg.): Leitbilder for the Future of the European Union. Dissenting Promoters of Unity, Baden-Baden 2011; Josef Janning: Leitbilder, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1995, S. 253-258; Heinrich Schneider: Deutsche Europapolitik: Leitbilder in der Perspektive – Eine vorbereitende Skizze, in: Heinrich Schneider/Mathias Jopp/Uwe Schmalz (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2001, S. 69-131.

17 Vgl. Frank-Walter Steinmeier: "Europa funktioniert nicht ohne Beiträge aus Deutschland", in: Die Zeit, 15.5.2019, abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2019/21/frank-walter-steinmeier-europawahl-bundespraesident> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

18 Vgl. ebd.

tät (so zum Beispiel die Trennlinie zwischen den flexible Solidarität propägarierenden Visegrád-Ländern und den restlichen Mitgliedstaaten während der Migrationskrise). Auch die Desintegration durch die Brexit-Entscheidung stellt den Zusammenhalt in Europa in Frage. In Anbetracht solch zunehmender Trennlinien und deren Vertiefungen scheint das Modell der differenzierten Integration zukunftsweisend zu sein.¹⁹ Die Tatsache, dass „eine immer engere Union für verschiedene Länder verschiedene Wege der Integration zulässt und es denen, die die Integration vertiefen wollen, ermöglicht, weiter voranzugehen, wobei gleichzeitig die Wünsche derjenigen, die keine weitere Vertiefung möchten, zu achten sind“²⁰, ist mittlerweile anerkannt. Auch wenn es gilt, „Trennendes zu überwinden“²¹, sollte differenzierte Integration somit vielmehr als Lösung denn als Teil des Problems in die Reflektionen zu Europas Zukunft eingebunden werden, um zu prüfen, wo ein gemeinsames oder eben ein (zeitweise) differenziertes Vorschreiten möglich, zielführend und notwendig ist.²²

Zweitens gilt es auch die Grenzen der Europäischen Union und die Beziehungen zu Drittstaaten neu zu überdenken. Auch hier hat die Brexit-Entscheidung in der politischen und wissenschaftlichen Debatte Denkanstöße geliefert. Selbst wenn die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union entgegen erster Hoffnungen²³ keine grundlegende Blaupause für die Beziehungen zu Drittstaaten darstellen kann,²⁴ so kristallisieren sich zumindest Be-

19 Vgl. Funda Tekin: Differenzierte Integration im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Spannungsfeld von Problemlösungsinstinkt und Souveränitätsreflex, in: *integration* 4/2017, S. 263- 275; vgl. Funda Tekin: Was folgt aus dem Brexit? Mögliche Szenarien differenzierter (Des-)Integration, in: *integration* 3/2016, S. 183-197.

20 Europäischer Rat: Europäischer Rat (Tagung vom 26./27 Juni 2014). Schlussfolgerungen, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/30186/qcao14001den.pdf> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

21 Maas: „Mut zu Europa – #EuropeUnited“, 2018.

22 Siehe: Institut für Europäische Politik: EU IDEA – Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability, abrufbar unter: <http://iep-berlin.de/forschung/debatte-zur-zukunft-der-europaeischen-union/eu-idea/> (letzter Zugriff: 15.7.2019).

23 Vgl. Sigmar Gabriel: Der Brexit-Vertrag als Modell für die Türkei-Beziehungen, in: *Die Zeit*, 26.12.2017, abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-12/sigmar-gabriel-brexit-tuerkei-diplomatie-eu> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

24 Vgl. Barbara Lippert: Die EU und ihre Nachbarschaftsbeziehungen: etablierte Assoziierungsmodelle und neue Grundformen, in: *integration* 2/2019, S. 83-96.

strebungen zu sogenannten „Assoziation Plus“-Beziehungen heraus.²⁵ Die Erweiterungspolitik ist aktuell bestenfalls stagnierend. Die EU-Türkei-Beziehungen sind seit 2016 auf einem extremen Tiefpunkt mit Forderungen seitens des Europäischen Parlaments und einiger Mitgliedstaaten, den Beitrittsprozess abzubrechen oder zumindest zu suspendieren. Künftige Erweiterungen bleiben auch nach dem nahenden Ende der ‚Kommission Juncker‘, welche die Fortführung des Erweiterungsprozesses im Verlauf ihrer Amtszeit schon zu Beginn für nicht machbar einschätzte,²⁶ Zukunftsmusik, obschon hinsichtlich des Westbalkans mit Blick auf Albanien und insbesondere Nordmazedonien vereinzelt Fortschritte zu verzeichnen sind. Das Konzept der differenzierten Integration sollte langfristig auch in dieser externen Dimension mit- beziehungsweise angedacht werden. Denn die Trennlinie zwischen ‚EU-Insider‘ und ‚EU-Outsider‘ wird mit dem internen und externen Grad an Differenzierung dünner und unschärfer.²⁷

Drittens ist es essenziell, die globalen Entwicklungen mitzudenken. Hier muss sich die Europäische Union als globaler Akteur in der sich wandelnden Weltordnung neu aufstellen und das „Vakuum“, welches aufgrund der Trump-Administration und anderer internationaler politischer Entwicklungen entstanden ist, füllen.²⁸ Die neue Strategische Agenda 2019-2024 plädiert daher dafür, dass die „EU ein Verfechter des Multilateralismus und einer wertebasierten globalen Weltordnung bleibt und Offenheit und Fairness sowie die entsprechenden Reformen vorantreibt“²⁹.

Viertens haben sich insbesondere in den letzten Jahren neue Herausforderungen in Politikfeldern herausgebildet, die man weder ignorieren noch kleinreden sollte. Dabei sind die Digitalisierung und die Klimakrise von

25 Vgl. Tobias Schumacher: Die Europäische Union, die Östliche Partnerschaft und „Assoziierung Plus“: zur Debatte über die Einbindung assoziierter Nachbarn unterhalb einer EU-Mitgliedschaft, in *integration* 3/2019 (im Erscheinen).

26 Vgl. Jean-Claude Juncker: Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel, 2014, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/juncker-political-guidelines-speech_de_1.pdf (letzter Zugriff: 11.7.2019).

27 Vgl. Beken Saatçioğlu/Funda Tekin/Sinan Ekim/Nathalie Tocci: The Future of EU-Turkey Relations: A Dynamic Association Framework Amidst Conflictual Cooperation, FEUTURE Synthesis Paper, März 2018, abrufbar unter: <https://www.feuture.uni-koeln.de/de/publications/feuture-synthesis-paper/> (letzter Zugriff: 15.7.2019).

28 Vgl. Maas: „Mut zu Europa – #EuropeUnited“, 2018.

29 Europäischer Rat: Eine neue Strategische Agenda 2019-2024, 20.6.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/20/a-new-strategic-agenda-2019-2024/> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

besonderer Relevanz, da sie die Lebenswelt der BürgerInnen der Europäischen Union unmittelbar betreffen und zugleich im Spannungsfeld mit vielen anderen Politikbereichen – Energie, Wirtschaft, Soziales – stehen. Die Digitalisierung ist für die Wirtschaft (Stichwort: Digitaler Binnenmarkt) genauso relevant wie für die Kommunikation und Datenverarbeitung. Dadurch schließen sich Fragen hinsichtlich Datensicherheit und Digital Humanities, aber auch Cyber Security und hybrider Kriegsführung an. Die Klimakrise allein stellt bereits eine große Herausforderung dar und wirft darüber hinaus weitreichende Fragen der Nachhaltigkeit auf.

Fünftens reichen reflektierte Analysen zur europäischen Integration allein nicht aus. In der heutigen Zeit, die geprägt ist von einfachen, über soziale Medien schnell verbreitete Nachrichten und (Fehl-)Informationen, ist es besonders wichtig, einen informierten Austausch anzustreben und diesen auch zu ermöglichen. Hierfür brauchen wir den Mut zu klaren, faktenbasierten Informationen und einer unmissverständlichen Kommunikation. Dabei ist ein blinder proeuropäischer Aktionismus genauso zielverfehlend wie eine sture antieuropäische Haltung. Es gilt, Ereignisse und Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und in den notwendigen Kontext zu setzen, um darauf aufbauend in einen reflektierten Austausch zu treten, der anerkennt, dass „die EU in großen Fragen groß und in kleinen Fragen klein sein [muss], wie es den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit entspricht“³⁰. Dabei ist eine weitere Herausforderung, in der Ergebnisvermittlung den Austausch auch mit den Personen zu ermöglichen, denen ein niedrigschwelliger Zugang zu Informationen über die europäische Integration fehlt.

Auf der Grundlage der Erkenntnis dieser fünf Herausforderungen muss die Arbeit des IEP in seiner künftigen Forschung und Politikberatung aufbauen.

Thinking ahead: Forschungsagenda und Antworten des Instituts für Europäische Politik der Zukunft

Über die Jahrzehnte hat das IEP seine Analysen und Aktivitäten in fünf größeren Themenblöcken strukturiert: 1) Deutschland in Europa, 2) die Zukunft der Europäischen Union, 3) Erweiterung, Nachbarschaft und Zentralasien, 4) die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik und 5) Energie- und Klimapolitik.

30 Ebd.

Dieses Themenraster wird die Arbeit des IEP auch in Zukunft strukturieren, denn damit wird es seinem Anspruch gerecht, mittelfristige, fundierte, interdisziplinäre Analysen zu liefern, die nicht zwangsläufig dem tagaktuellen Geschäft unterworfen, aber gleichwohl von aktueller Relevanz sind. Im Lichte der Herausforderungen für das europäische Projekt werden die Gewichtungen unterschiedlich ausfallen und die Themenblöcke dementsprechend systematisch ausgebaut werden. Dies ermöglicht dem IEP innovativ zu bleiben und auf den konstanten Wandel innerhalb der Themen seiner Arbeit mit neuen Akzenten zu reagieren.

Kerngeschäft sind nicht mehr die großen Reformdebatten zur Vertiefung und Erweiterung, wie in den 1990er- und 2000er-Jahren mit der EU-Osterweiterung³¹ und dem Europäischen Konvent³². Das IEP hat sich in jüngster Vergangenheit eher Analysen zum Wert Europas³³, zum Europaskeptizismus und Populismus³⁴ sowie der demokratischen Ausgestaltung der Europäischen Union gewidmet. Allerdings wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 ein wichtiges Ereignis und ein Schwerpunkt der Arbeit sein, welche das IEP vorbereitend, begleitend und im Nachgang reflektierend in die Agenda mit aufnehmen wird, um wichtige Akzente in der (deutschen) Europapolitik zu setzen. Zudem ist das IEP politischer geworden: Wir müssen aufgrund des Gegenwinds für Europa Stellung beziehen und deshalb den Schulterschluss mit allen proeuropäischen Akteuren und Parteien suchen.

Deutschland und Europa

Die deutsche Europapolitik ist querschnittsrelevant für die Arbeit des IEP und wegweisend für die europäische Integration. Historisch gilt das deutsch-französische Tandem als „Motor der Integration“.³⁵ Allerdings ist

31 Siehe in diesem Band: Barbara Lippert: IEP goes East: Das Institut für Europäische Politik entdeckt den Osten Europas und erweitert seine Forschungsagenda, Baden-Baden 2019, S. 233-251.

32 Siehe in diesem Band: Jopp: Das Institut für Europäische Politik in den 1990er- und 2000er-Jahren, 2019, S. 131-164.

33 Siehe: Mathias Jopp/Funda Tekin (Hrsg.): Europas Wert. Studien zum materiellen und immateriellen Nutzen der europäischen Integration, Baden-Baden 2014.

34 Siehe: TruLies Europe: Über das Projekt, abrufbar unter: <http://trulies-europe.de/> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

35 Vgl. Ulrich Krotz/Joachim Schild: Frankreich – unverzichtbarer Partner deutscher Europapolitik, in: Böttger/Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, 2016, S. 435-448, hier S. 438.

dieser in den letzten Jahren ins Stottern geraten. Die durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron mehrfach formulierten EU-Visionen³⁶ stießen anders als in der Vergangenheit auf ein Schweigen aus Deutschland oder wurden nur verhalten und zeitverzögert reflektiert. Grundsätzlich existiert ein ambivalenter Anspruch an Deutschlands Führungsrolle in Europa, sowohl in Deutschland selbst als auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten. Aufgrund der Kontinuität und Stabilität in der Politik und des politischen Systems, des allgemein geltenden permissiven Konsenses zu Europa und des geschichtlichen Interesses an der Europäischen Union galt Deutschland grundsätzlich und lange Zeit als Stabilitätsanker in Europa. Gleichzeitig stößt ein zu starker Einfluss Deutschlands in den Politiken der Europäischen Union auf Widerstand, was besonders in den Krisenjahren der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der Debatte um die Austeritätspolitik evident wurde, in der die Regierungen anderer Mitgliedstaaten nicht nur in der Sache anderer Meinung waren, sondern auch der Ton der deutschen VertreterInnen kritisiert wurde.³⁷ Deutschland selbst zögert allgemein, eine Hegemonialrolle einzunehmen.³⁸ Darüber hinaus befindet sich die deutsche Europapolitik in einer Phase der Unsicherheiten. Das erst nach monatelangen Verhandlungen zustande gekommene Bündnis der Großen Koalition ist höchst fragil und in der aktuellen Legislaturperiode konstant auf dem Prüfstand, wobei bereits wiederholt ein Auseinanderbrechen drohte. Die Parteien der Großen Koalition würden laut Umfragen bei der nächsten Bundestagswahl erheblich an Stimmen verlieren. Darüber hinaus steht die deutsche Europapolitik in der Kritik, das Führungspotenzial in Europa zu Lasten des Integrationsfortschritts nicht voll auszuschöpfen, da eine zunehmende Rückbesinnung auf vornehmlich nationale Interessen diese Politik präge. Dies ist im Grunde als eine ‚Normalisierung‘ der deutschen Europapolitik³⁹ zu bewerten, hat aber gleichzeitig zur Folge, dass Deutschland vermehrt Vetopositionen in die Europapolitik einbringt und seine Vorreiterrolle bei weiteren Inte-

36 Vgl. Emmanuel Macron: „Initiative für Europa“, 26.9.2017, abrufbar unter: <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspraesident-Macron-im-Wortlaut> (letzter Zugriff: 15.7.2019).

37 Vgl. Spiegel Online: Griechischer Botschafter beschwert sich über Schäuble, in: Spiegel Online, 12.3.2015, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-wie-lega-chef-matteo-salvini-die-eu-umbauen-will-a-1266786.html> (letzter Zugriff: 15.7.2019).

38 Vgl. Simon Bulmer: Deutschland in der EU: Europas unverzichtbarer Hegemon?, in: *integration* 1/2019, S. 3-20.

39 Vgl. ebd.

grationsschritten teilweise aufgegeben hat. Dieser Wandel sowie Deutschlands Agieren in der sogenannten Migrationskrise 2015 – zwischen der ‚Politik der offenen Tür‘, getragen durch eine Willkommenskultur, und der Forderung nach permanenten Verteilungsquoten und der Einigung der Europäischen Union mit der Türkei in Fragen der Migrationspolitik vom März 2016 – haben die Nachfrage nach Erklärungsmodellen deutscher Europapolitik sowohl in Deutschland als auch in den anderen Mitgliedstaaten stark erhöht.⁴⁰

Das IEP setzt sich in seinen Analysen und auf seinen Veranstaltungen mit diesen Entwicklungen der multiplen Krisen und wachsenden Skepsis gegenüber der engen Verflechtung Deutschlands mit dem EU-System auseinander. Dabei ist es das Ziel, die Grundlinien, Konzepte und Strategien deutscher Europapolitik in den wichtigsten EU-Politikbereichen und ihren innenpolitischen Bestimmungsfaktoren zu erfassen, zu analysieren und einzuordnen. Traditionelle Konzepte, wie das des ‚Hegemons‘ oder der ‚Zivilmacht‘ können die deutsche Europapolitik nur in Ansätzen erfassen und variieren zudem stark je nach policy. Darüber hinaus, wäre es vereinfacht, Deutschland als einheitlichen Akteur zu verstehen, da hier je nach Parteizugehörigkeit aber auch mit Blick auf die Kompetenzen der Länder und Kommunen beträchtliche Unterschiede festzustellen sind. Das wichtigste Produkt dieser Forschung ist das „Handbuch zur deutschen Europapolitik“⁴¹, das in der ersten Auflage auch die bilateralen Beziehungen Deutschlands innerhalb der Europäischen Union in den Blick genommen hat. Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 soll die überarbeitete und aktualisierte zweite Auflage erscheinen, die den Blick von außen auf Deutschland unter anderem in seiner – möglichen – Rolle als Hegemon⁴² mit einschließt.

Die Zukunft der Europäischen Union

Der Themenblock „Die Zukunft der Europäischen Union“ ist sehr breit gefasst und weist die größte Vielfalt auf. Hierunter fasst das IEP all seine

40 Siehe: Wulf Reiners/Funda Tekin: Taking Refuge in Leadership? Facilitators and Constraints of Germany's Influence in EU Migration Policy and EU-Turkey Affairs During the Refugee Crisis (2015-2016), in: German Politics, 17.1.2019, S. 1-16.

41 Siehe: Böttger/Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, 2016.

42 Vgl. Bulmer: Deutschland in der EU: Europas unverzichtbarer Hegemon?, 2019.

Analysen zu einzelnen klassischen Politikfeldern wie der WWU, dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem oder dem sozialen Europa.⁴³ Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Analysen von Reformnotwendigkeit und –fortschritt sowie institutionelle Fragen gelegt. In Zukunft ist das IEP besonders bestrebt, Herausforderungen in neueren Politikbereichen wie der Digitalisierung mit in die Analysen einzubeziehen. Als ein erster Orientierungspunkt kann die neue Strategische Agenda 2019-2024 gelten, die sich auch mit der Digitalen Revolution befasst. Allerdings wird dort der Blick lediglich auf das wirtschaftliche Potenzial gerichtet,⁴⁴ während für das IEP eine breitere Fragestellung hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf demokratische Prozesse oder hybride Kriegsführung interessanter, weil höchst relevante Analysegegenstände darstellen.

Das IEP wird die besorgniserregenden Entwicklungen in Bezug auf die Einhaltung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit analytisch verfolgen und kann sich dabei auch auf die Ergebnisse eigener Studien zum Wert Europas stützen.⁴⁵ Es handelt sich hierbei um Analysen, die nicht nur Einhaltung von Artikel 2 des EU-Vertrags unter normativen Gesichtspunkten in den Blick nehmen, sondern vor allem auch Lösungsvorschläge für die Verbesserung der Mechanismen zur Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips erörtern.

Zu den weiterhin wichtigen aktuellen Entwicklungen mit mittel- bis langfristigen Auswirkungen, mit denen sich das IEP auseinandersetzt, zählen auch die aktuellen Verhandlungen des mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union für 2021-2027.⁴⁶ Diese sind im Lichte der Brexit-

43 Siehe: Björn Hacker: Die Europäische Säule sozialer Rechte: Nutzung und Nutzen, Institut für Europäische Politik: IEP Policy Paper 2/2018, abrufbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2018/11/Policy-Paper-Hacker.pdf> (letzter Zugriff: 26.7.2019); vgl. Jopp/Tekin (Hrsg.): Europas Wert, 2014.

44 Vgl. Europäischer Rat: Eine neue Strategische Agenda 2019-2024, 2019.

45 Siehe: Jopp/Tekin (Hrsg.): Europas Wert, 2014.

46 Siehe: Europäische Kommission: Ein moderner Haushalt für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt. Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027, 2.5.2018, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-modern-budget-may2018_de.pdf (letzter Zugriff: 15.7.2019); Peter Becker: Zwischen Zuchtmeister und Zahlmeister – Deutsche Europapolitik und die europäischen Finanzverhandlungen, in: Böttger/Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, 2016, S. 217-230; Peter Becker: Ein neuer Haushalt für die EU. Die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027, in: Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Studie 14, Juni 2019, abrufbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S14_bkr.pdf (letzter Zugriff: 15.7.2019).

Entscheidung sowie der möglichen Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip besonders brisant. Die Brexit-Entscheidung selbst ist ein Phänomen, mit dem sich das IEP als Querschnittsthema in all seinen Analysen auseinandersetzt (zum Beispiel in denen zur differenzierten Integration, zu den EU-Türkei-Beziehungen oder auch zur Transformation der Parteienlandschaft).⁴⁷ Die Analyse der EU-Institutionen ist ein klassisches Betätigungsfeld des IEP, welches ebenfalls von aktueller Bedeutung ist. Neben der Aufgabe, die Neuausrichtung der Institutionen aufgrund der Neubesetzungen der Führungspositionen einzuordnen, erfordern die formellen und informellen Verfahren zur Besetzung der selbigen darüber hinaus eine detaillierte und kritische Analyse und Einschätzung sowie Vorschläge zu deren Verbesserung (insbesondere zum sogenannten Spitzenkandidaten-Prinzip). In der Folge erfordert auch das Machtverhältnis zwischen den Brüsseler Institutionen eine Neubewertung.

Insbesondere der Forschungsbereich „Die Zukunft der Europäischen Union“ zeigt den Wandel unserer Arbeit, da hier Themen wie Differenzierung, Populismus und Europaskeptizismus, aber auch die Einbindung der jüngeren Generationen in die Debatten zur Zukunft der Europäischen Union eine Rolle spielen, während der Schwerpunkt in vergangenen Jahrzehnten vielmehr auf den großen institutionellen Reformdebatten und der Erweiterungen lag. Aus diesem Grund sollen die Strategie- und Reflexionsgruppen zur Zukunft der Europäischen Union im Allgemeinen und zu einzelnen Politikfeldern im Besonderen ausgebaut werden. Dabei ist besonders wichtig, dass neben der Debatte über den Mehrwert der europäischen Integration und der Verteidigung seiner Errungenschaften, die Diskussion darüber, welches Europa wir wollen, den gleichen Stellenwert erhält. Dies hat sich verstärkt im Zuge der Kampagnen zur Europawahl 2019 gezeigt. Lediglich die Überzeugung der BürgerInnen, dass Europa wichtig ist, kann langfristig keine hohe Wahlbeteiligung garantieren. Vielmehr wird sie sich nur dann aufrechterhalten lassen, wenn die BürgerInnen erkennen, welchen Unterschied es in der Umsetzung macht, wenn sie für die eine oder andere proeuropäische Partei stimmen.

In der Forschung zur differenzierten Integration im Rahmen des Horizon 2020-Projekts „EU IDEA – Integration and Differentiation for Effectiv-

47 Siehe: Funda Tekin: Türkei, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017, Baden-Baden 2017, S. 443-448; Funda Tekin: Was folgt aus dem Brexit? Mögliche Szenarien differenzierter (Des-)Integration, in: *integration* 3/2016, S. 183-197; Johannes Kohls/Manuel Müller: Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019: Drei Ursachen für die Transformation im europäischen Parteiensystem, in: *integration* 3/2019 (im Erscheinen).

eness and Accountability” (EU IDEA) wird so der Fokus auf die Analyse von nationalen und europäischen Narrativen zur politischen Einheit in der Europäischen Union im Lichte des europäischen Grundgedankens „In Vielfalt geeint“ gelegt. Das wichtige Ereignis der Europawahl 2019 hat das IEP durch eine Studie zur Transformation der europäischen Parteienlandschaft⁴⁸ sowie durch den intensiven Austausch mit Studierenden und SchülerInnen, die ihre eigenen Ideen für die Zukunft Europas im „#EngageEU“-Manifest festgehalten haben, begleitet. Diese Einbindung von jungen Ideen, Analysen und Visionen soll in Zukunft ein wichtiger Bestandteil am IEP sein – so zum Beispiel auch während der Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Trotz des Wandels als Kernmerkmal dieses Themenbereichs sorgen die drei Standardpublikationen des IEP, das „Jahrbuch der Europäischen Integration“, das Nachschlagewerk „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“, und die Vierteljahreszeitschrift *integration* für eine gewisse Kontinuität in der Zukunft. Insbesondere das Jahrbuch ermöglicht eine zeitnahe und detaillierte Verfolgung des europäischen Integrationsprozesses.

Erweiterung, Nachbarschaft und Zentralasien

Gegenwärtig umfasst die Erweiterungspolitik der Europäischen Union die Staaten des Westbalkans und der Türkei. Darüber hinaus hat die Europäische Union im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und der EU-Zentralasienstrategie alternative Modelle und Strategien in den Beziehungen zu den Staaten Osteuropas, des südlichen Kaukasus, des Mittelmeerraumes und Zentralasiens entwickelt. Mit seinen Analysen begleitet das IEP diese Prozesse insbesondere hinsichtlich der Verbreitung europäischer Werte sowie ökonomischer und geopolitischer Interessen mit speziellem Fokus auf alternative Modelle in der Erweiterungspolitik und in den EU-Türkei-Beziehungen.⁴⁹

Diese Themen bilden seit dem Fall der Mauer einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit des IEP und sind auch im Forschungsprofil der neuen Doppelspitze gut vertreten. In diesem Forschungsschwerpunkt wer-

48 Siehe: Kohls/Müller: Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 (im Erscheinen).

49 Vgl. Beken Saatçioğlu/Funda Tekin/Sinan Ekim/Nathalie Tocci: The Future of EU-Turkey Relations: A Dynamic Association Framework Amidst Conflictual Cooperation, März 2018.

den gegenwärtig alle Elemente, von den Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der Transformation der MOE-Staaten⁵⁰ über die Östliche Partnerschaft⁵¹ sowie der EU-Zentralasienpolitik⁵² bis hin zur Zukunftsperspektive des EU-Beitrittsprozesses der Türkei⁵³ beleuchtet. Hierbei spielen neben regionsspezifischen Aspekten auch die Beziehungen zu Russland⁵⁴, China und den USA eine wichtige Rolle. Gegenwärtig begleitet das IEP die Entwicklung und Umsetzung der neuen Zentralasienstrategie⁵⁵ im Rahmen seines Horizon 2020-Projekts “SEnECA – Strengthening and Energizing EU-Central Asia relations”.⁵⁶ Künftig wird es wichtig sein, die Expertise zu den EU-Russland-Beziehungen noch weiter auszubauen und zu fokussieren.

Auch dieser Themenbereich ist recht breit gefasst und umfasst zwei unterschiedliche Arten externer Beziehungen – Erweiterung und Nachbarschaft – die jeweils in sich nochmals weiter zu differenzieren sind. Mit Blick auf die Erweiterungspolitik gegenüber den Staaten des Westbalkans

50 Siehe in diesem Band: Lippert: IEP goes East, 2019, S. 233-251.

51 Siehe: Katrin Böttger: Im Osten nichts Neues? Ziele, Inhalte und erste Ergebnisse der Östlichen Partnerschaft, in: *integration* 4/2009, S. 372-387.

52 Siehe: Katrin Böttger/Julian Plottka: Zentralasienpolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, Baden-Baden 2018, S. 333-334; Katrin Böttger/Yvonne Braun: Zentralasienpolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels/Funda Tekin (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Wiesbaden (im Erscheinen); Katrin Böttger/Julian Plottka: Auf dem Weg zu einer neuen Zentralasienstrategie. Stand, Entwicklung und Perspektiven der europäischen Zentralasienpolitik, in: Zentralasien-Analysen 3/2017, S. 2-6.

53 Siehe: Funda Tekin: Turkey and the EU: from accession to estrangement, in: Orient, Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients, Berlin 2019, S. 39-46.

54 Siehe: Katrin Böttger: Interdependence as a Leitmotif in the EU’s Russia Policy: A Failure to Live Up to Expectations, in: Kristi Raik/András Rác (Hrsg.): Post-Crimea Shift in EU-Russia Relations: From Fostering Interdependence to Managing Vulnerabilities, Tallinn 2019, S. 45-57, abrufbar unter: https://icds.ee/wp-content/uploads/2019/05/EURUS_book_EVI_May_2019.pdf (letzter Zugriff: 15.7.2019).

55 Siehe: Europäische Kommission: Joint Communication to the European Parliament and the Council. The EU and Central Asia: New Opportunities for a Stronger Partnership, 15.5.2019, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/joint_communication_-_the_eu_and_central_asia_-_new_opportunities_for_a_stronger_partnership.pdf (letzter Zugriff: 15.7.2019).

56 Siehe: Strengthening and Energizing EU-Central Asia Relations (SEnECA): Project Description, abrufbar unter: <https://www.seneca-eu.net/> (letzter Zugriff: 15.7.2019).

scheint die Herausforderung gegenwärtig vor allem zu sein, den derzeit gemachten Fortschritten in der Region, durch Eröffnung von Beitrittsverhandlungen vonseiten der Europäischen Union, angemessen zu begegnen. Ein solcher Beschluss wurde trotz des positiven Votums der Europäischen Kommission⁵⁷ nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien zu eröffnen, vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten verschoben, um die Prüfung des Fortschritts, unter anderem durch den Deutschen Bundestag zu ermöglichen. Diese Prüfung und darauf folgend auch die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen sollte jedoch so zügig wie möglich erfolgen, um nicht nur die Reformfortschritte in den beiden Ländern zu honorieren, sondern auch, um auf den innenpolitischen Druck, unter dem die Regierungschefs beider Länder stehen, sowie auf die sicherheitspolitischen Interessen der Europäischen Union angesichts eines erstarkenden Nationalismus und der wachsenden Präsenz anderer globaler Akteure in der Region zu reagieren.

Die Türkei als „ewiger Beitrittskandidat“ stellt das „Sorgenkind“ unter den Beitrittskandidaten dar. Von Beginn der Beziehungen an wurden mehrere Pfade der Kooperation verfolgt, beispielsweise im Rahmen einer Assoziation mit dem Ziel der Etablierung einer Zollunion, des Beitrittsprozesses, dem eine valide Beitrittsperspektive abhandengekommen ist, sowie einer strategischen Partnerschaft.⁵⁸ Die EU-Türkei-Beziehungen sind in diesem Rahmen schon seit jeher Achterbahn gefahren,⁵⁹ und befinden sich seit 2016 in einer sehr tiefen Talfahrt. Insbesondere weil in den EU-Türkei-Beziehungen ein Entfremdungsprozess attestiert werden muss, ist es notwendig, Zukunftsperspektiven herauszuarbeiten und zu propagieren, die von gegenseitigem Nutzen sind. Dabei sollte die Beendigung des Beitrittsverfahrens mit der Türkei nicht als Lösung gesehen werden, denn unabhängig davon wie leer dieses Versprechen aktuell ist und auch in Zukunft sein wird, so bietet es doch eine Leitplanke für die Achterbahnfahrt,

57 Vgl. Europäische Kommission: Reformen im westlichen Balkan und in der Türkei: jährliche Bewertungen und Empfehlungen, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-2752_en.htm (letzter Zugriff: 15.7.2019).

58 Vgl. Mirja Schröder/Funda Tekin: Institutional Triangle EU-Turkey-Germany: Change and Continuity, in: Ebru Turhan (Hrsg.): German-Turkish Relations Revisited. The European Dimension, Domestic and Foreign Politics and Transnational Dynamics, Baden-Baden 2019, S. 31-59.

59 Vgl. Funda Tekin/Wolfgang Wessels: Untangling German-Turkish Relations: Thinking Ahead, in: Turhan (Hrsg.): German-Turkish Relations Revisited, 2019, S. 269-280.

die nur dann entfernt werden sollte, wenn valide Alternativen gefunden worden sind.⁶⁰

Hinsichtlich der Nachbarschaft beschäftigt sich das IEP insbesondere mit der Östlichen Partnerschaft einerseits und den Beziehungen zu Zentralasien andererseits. Auch in der Östlichen Partnerschaft und insbesondere mit Blick auf die Ukraine lässt sich eine gewisse Zurückhaltung auf Seiten der Europäischen Union beobachten. Während Lippenbekenntnisse und umfassende finanzielle Unterstützung weiter vorhanden sind, kann im Austausch und aus der Erfahrung unserer Capacity Building-Projekte vor Ort beobachtet werden, dass eine tatsächliche Hilfestellung bei der Implementierung des Assoziierungsabkommens und der Vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) aufseiten der fachlichen Generaldirektionen der Europäischen Kommission nur eingeschränkt stattfindet. Vielmehr wird die Hauptverantwortung für Reformen ähnlich wie bei Erweiterungsrounds vergangener Jahre auf die Regierung des jeweiligen Landes selbst übertragen. Manche Äußerungen gehen sogar so weit, dass fehlende Reformfortschritte die Akzeptanz innerhalb der Europäischen Union gegenüber der Annäherung weniger gefährden. Es wird befürchtet, dass eine schnellere Annäherung der Ukraine an die Europäische Union der Bevölkerung nicht zu vermitteln wäre. Während eine institutionelle Einbindung der Ukraine in der Tat umfassende strukturelle Konsequenzen für die Europäische Union hätte, sollten die Akteure doch nicht davor zurückschrecken, ihren Bevölkerungen positive Entwicklungen zu vermitteln, zumal auch ihnen eine stabile, demokratische, rechtsstaatliche und die Menschenrechte respektierende Ukraine zum Vorteil gereicht.

Mit Blick auf die Republik Moldau ist eine Zurückhaltung weniger auf Seiten der Europäischen Union als auf Seiten der Republik Moldaus zu beobachten. Die Europäische Union wird dort vornehmlich als geostrategischer Akteur im Gegenspiel zu Russland perzipiert und von den Parteien instrumentalisiert. Darüber hinaus stellt die ethnische Diversität dieses kleinen Landes eine besondere Herausforderung dar. Das IEP hat in den letzten Jahren daher verstärkt einen Fokus auf die Förderung des interethnischen Dialogs im Lichte des EU-Assoziierungsabkommens gelegt. In der Zukunft ist es aber ebenfalls geboten, ein größeres Verständnis in der Republik Moldau von den Werten der Europäischen Union sowie dem mög-

60 Vgl. Tekin: Turkey and the EU: from accession to estrangement, 2019.

lichen Beitrag, den die Europäische Union zu Transformationsprozessen im Land leisten kann, aufzubauen und zu verfestigen.⁶¹

Die Beziehungen zu Georgien sind von jeher als asymmetrisch zu bezeichnen.⁶² Während die VertreterInnen des Landes eine Annäherung an die Europäische Union und die NATO offensiv vorantreiben, ist hier die europäische Seite wesentlich zurückhaltender. Für Aufsehen sorgte die Beschwerde der Europäischen Kommission, GeorgierInnen missbrauchten das visafreie Reisen in die Europäische Union, die von EU-Kommissar Johannes Hahn allerdings kurze Zeit später wieder entkräftet wurde.⁶³ Dennoch zeigt diese Debatte die Fragilität der Beziehungen mit dem im Reformprozess am weitesten fortgeschrittenen der drei Länder mit Assoziierungsabkommen beziehungsweise DCFTA. Gegenwärtig steht Georgien ganz im Zeichen der Anti-Regierungs- beziehungsweise Anti-Russlandproteste. Als ein erster Erfolg der Demonstrationen kann bewertet werden, dass der Vorsitzende der Regierungspartei ankündigte, für die nächste Parlamentswahl ein proportionales Wahlsystem einzuführen.⁶⁴

Am 17. Juni 2019 nahm der Rat der Europäischen Union eine neue EU-Zentralasienstrategie an,⁶⁵ welche die ursprüngliche Strategie von 2007, die damals unter deutscher Ratspräsidentschaft beschlossen wurde, ersetzen soll. Diese bleibt jedoch bezüglich der Fokussierung und der Weiterentwicklung der in der Globalen Strategie⁶⁶ angelegten Konzepte des prin-

61 Vgl. Dominic Maugeais: Moldau, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, 2018, S. 347-348.

62 Vgl. Kornely Kakachia et al.: Georgian-German Relations in the Context of Euro-Atlantic Integration – How to Align Expectations?, Georgian Institute of Politics: Policy Paper, Juli 2019, abrufbar unter: <http://gip.ge/georgian-german-relations-in-the-context-of-euro-atlantic-integration-how-to-align-expectations/> (letzter Zugriff: 23.7.2019); vgl. Mariam Khotenashvili: Georgien, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, 2018, S. 349-350.

63 Vgl. Thea Morrison: EU Commissioner Hahn Says All Fine with Georgia's Visa-Free Regime, in: Georgia Today, 13.5.2019, abrufbar unter: <http://georgiatoday.ge/news/15620/EU-Commissioner-Hahn-Says-All-Fine-with-Georgia> (letzter Zugriff: 23.7.2019).

64 Vgl. RFE/RL's Georgian Service: Georgia Ruling Party Head Announces Electoral Reform After Protests, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, 24.6.2019, abrufbar unter: <https://www.rferl.org/a/georgia-2020-parliament-vote-to-be-held-under-proportional-system---ruling-party-head/30016662.html> (letzter Zugriff: 23.7.2019).

65 Vgl. Europäische Kommission: Joint Communication to the European Parliament and the Council, 2019.

66 Vgl. Europäische Union: Global strategy for the foreign and security policy of the European Union, Juni 2017, abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf (letzter Zugriff: 15.7.2019).

ziplengeleiteten Pragmatismus hinter den Erwartungen zurück. Insbesondere die Debatte darüber, wie die Europäische Union als 'normative power' gleichzeitig ihre eigenen strategischen Interessen repräsentiert, ist in dem Dokument nicht reflektiert. Zugleich ist der Umstand, dass die neue Zentralasienstrategie, die wohl mit ‚Programm‘ besser betitelt wäre, so breit angelegt ist auch ihr größter Vorteil, da viele StakeholderInnen und EntscheidungsträgerInnen sowohl auf Seiten der Europäischen Union als auch auf Seiten Zentralasiens sich in der Prioritätensetzung der Strategie wiederfinden, was auch die zumeist positive Resonanz erklärt. Während dies zu einem größeren Verantwortungsgefühl und einer größeren Sichtbarkeit der Zentralasienstrategie sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in den Ländern Zentralasiens beitragen kann, wird die Kunst sein, diesen breiten Rahmen, mit konkreten und messbaren Fortschritten in Verbindung zu bringen.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Die „Europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ ist ebenfalls ein langjähriger Schwerpunkt der Arbeit am IEP,⁶⁷ der zuletzt im Heft 1/2019 der Vierteljahreszeitschrift *integration* besondere Aufmerksamkeit erfuhr, zumal insbesondere die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) nach dem Beschluss der Globalen Strategie 2016 gegenwärtig eine Renaissance erlebt. Grundlegend befassen sich die Analysen mit den institutionellen Entwicklungen in der GSVP. Ein besonderer Fokus wird hierbei auf das Verfahren der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und die Europäische Interventionsinitiative (EI2) und ihr jeweiliges Potenzial für die Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowie über die Grenzen der Europäischen Union hinaus mit interessierten und relevanten Drittstaaten gelegt.⁶⁸ Daneben werden Fragen der institutionellen Ausgestaltung durch den militärischen Planungs- und Führungsstab und den Europäischen Verteidigungsfonds diskutiert. Ein Fokus der Analyse liegt auf strategischen Kulturen in Europa beziehungsweise der Frage nach der europäischen strategischen Kultur, dem Wandel der EU-Missio-

67 Siehe in diesem Band: Elfriede Regelsberger: Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Das Institut für Europäische Politik als Motor für Forschung und Debatte (1974-2009), Baden-Baden 2019, S. 215-232.

68 Vgl. Mathias Jopp/Jana Schubert: Level-II-GSVP: neue Dynamik durch intergouvernementale Integration?, in: *integration* 1/2019, S. 37-54.

nen vom “security provider” zum “security consultant”⁶⁹ sowie Formen differenzierter Integration in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Letzteres ermöglicht es dem IEP drängende Fragen nach der Brexit-Entscheidung und auch hinsichtlich des Opt-outs anderer Staaten wie Dänemark zu beantworten. Das IEP plant auch in diesem Bereich, die deutsche Ratspräsidentschaft zu beraten.

Klima- und Energiepolitik

Nicht erst seit „Fridays For Future“ ist das Thema Klimawandel politisch relevant. Jedoch muss es bis heute mit anderen Politikfeldern konkurrieren, so in der Strategischen Agenda von 2014, als es mit der Frage der Energiesicherheit verknüpft wurde,⁷⁰ aber auch in der neuen Strategischen Agenda von 2019, in der Klimaneutralität durch ein grünes, faires und soziales Europa gemeinsam angestrebt wird.⁷¹

In der Vergangenheit hat das IEP insbesondere gemeinsam mit der ASKO Europa-Stiftung und der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) Projekte im Bereich Klima- und Energiepolitik durchgeführt. Diesen Bereich wieder auszubauen, ist eines der Ziele der neuen Doppelspitze. Dies soll es ermöglichen, ein weiteres Querschnittsthema aufzubauen: die Nachhaltigkeit. Hier ergänzen sich ambitionierte Klimaziele und die Stärkung der Energieunion sowie der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts unter der Berücksichtigung der Europäischen Säule sozialer Rechte gegenseitig, stehen aber auch im Spannungsfeld zueinander.

69 Vgl. Daniel Göler: Die aktuelle Reformdebatte der GSVP aus Sicht der strategischen Kultur Deutschlands: zwischen Kultur der Zurückhaltung und europäischem Gestaltungsanspruch, in: *integration* 1/2019, S. 21-36.

70 Vgl. Europäischer Rat: Strategic Agenda for the Union in Times of Change, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/39245/143477.pdf> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

71 Vgl. Europäischer Rat: Eine neue Strategische Agenda 2019-2024, 2019.

Acting ahead: Ergebnisvermittlung des Instituts für Europäische Politik der Zukunft

Neben der Forschung, das heißt der satzungsgemäßen Aufgabe, „europäische Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen“⁷² steht in einem zweiten Schritt die „praktische Anwendung“ der Untersuchungsergebnisse. Deshalb ist das IEP seit seiner Gründung als Bildungswerk Europäische Politik 1959 auf dem Gebiet der europapolitischen Bildung und Fortbildung tätig.⁷³ Heute realisiert das Institut seine Qualifizierungsprogramme vorwiegend in Nachbarschafts- und Kandidatenländern der Europäischen Union. Das beinhaltet neben Capacity Building in Parlamenten, Verwaltung und Zivilgesellschaft die Durchführung von Blended Learning-Programmen in Masterstudiengängen und PhD-Schools (unter anderem „The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System“ (EUCACIS)).⁷⁴ Zudem fördert das IEP die Fachexpertise über Nachbarschafts- und Kandidatenländer in Deutschland und trägt zum gegenseitigen Verständnis bei.

Das Agieren an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung ist relevanter denn je. Dabei ist die Überzeugung, dass das europäische Projekt faktenbasiert erklärt werden muss, um ein Verständnis der Tatsachen und Rahmenbedingungen zu schaffen und somit einen Raum für einen informierten, konstruktiven sowie kontroversen Austausch zu öffnen, richtungsweisend. In diesem Bereich strebt das IEP deshalb eine Neuausrichtung mit einem stärkeren Fokus auf (digitale) Partizipation, zielgruppenorientierte Fortbildung – so im Bereich der schulischen Bildung – und mediale Rezeption an.

72 Institut für Europäische Politik: Satzung, 2017, abrufbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/Satzung-aktuell-2017.pdf> (letzter Zugriff: 31.7.2019); siehe in diesem Band: Peter-Christian Müller-Graff: Das satzungstextliche Selbstverständnis des Instituts für Europäische Politik von 1959 und 2019 im Vergleich, Baden-Baden 2019, S. 283-292.

73 Siehe in diesem Band: Otto Schmuck: Europapolitische Bildung als Gründungsauftrag und Arbeitsfeld des Bildungswerks Europäische Politik und des Instituts für Europäische Politik, Baden-Baden 2019, S. 195-214.

74 Vgl. Institut für Europäische Politik: PhD Support Programme EUCACIS, abrufbar unter: <http://iep-berlin.de/en/training/phd-support-programme-eucacis/> (letzter Zugriff: 23.7.2019).

Partizipation

Im Lichte aktueller Entwicklungen und Herausforderungen in der europäischen Politik und Gesellschaft sind wissenschaftliche Analysen unverzichtbar. Zugleich kann deren Vermittlung aus dem sogenannten ‚Elfenbeinturm‘ heraus in der heutigen Zeit keine Einbahnstraße mehr sein. Der partizipative Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ist essenziell – einerseits um die Ergebnisse zu diskutieren und zu vermitteln und andererseits, damit die Forschung und Analyse selbst nicht losgelöst von realen Entwicklungen, Bedürfnissen und Sorgen im luftleeren Raum vollzogen wird. Dies ermöglicht die Umsetzung eines faktenbasierten Analyseansatzes sowie die Identifizierung relevanter und womöglich neuer Forschungsbereiche. Ein solcher Austausch ist also für beide Seiten gewinnbringend. Das IEP wird in der Zukunft diese Art des Austauschs im Rahmen zahlreicher bewährter sowie innovativer Veranstaltungsformate ermöglichen. Drei Bereiche werden dabei leitgend sein:

Zum Ersten wird das IEP einen vertieften wissenschaftlichen Austausch innerhalb seines deutschland- und europaweiten Netzwerks, welches im Gremium des Wissenschaftlichen Direktoriums institutionalisiert ist, betreiben. Die jährliche Tagung zu aktuellen und relevanten Themen in der europäischen Integration bietet dabei die Möglichkeit für einen vertieften wissenschaftlichen Austausch. Gemäß dem Anspruch, den ‚Elfenbeinturm‘ zu öffnen, diskutieren die Mitglieder des Wissenschaftlichen Direktoriums dabei ebenfalls mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung und in Zukunft auch aus den Medien. Darüber hinaus sollen zukünftig vermehrt WissenschaftlerInnen aus dem europäischen Netzwerk des IEP, unter anderem der TEPSA, miteingebunden werden. Dies soll gewährleisten, dass externe Perzeption von EU-relevanten Themen sowie der deutschen Europapolitik noch stärker in die Reflexionen mit einfließen können.

Zum Zweiten verfolgt das IEP weiterhin einen intensiven Austausch im Bereich der angewandten Politikforschung. Zu diesem Zweck werden sogenannte ‘Thinkers’ – aus Think Tanks, aber auch von Universitäten und anderen Forschungsinstituten – aus Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten in verschiedenen Formaten zusammengebracht. In diesem Bereich ist der Austausch mit sogenannten ‘Planners’ – aus Politik und Verwaltung –, aber auch mit der Zivilgesellschaft besonders wichtig. Bisher hat das IEP zu diesem Zweck verschiedene bi- und multilaterale Foren organisiert und ist bestrebt, dies auch in Zukunft fortzuführen. Dabei ist es jedoch wichtig, Formate an neue Kommunikationsverhalten und Diskussionsmöglichkeiten anzupassen und gegebenenfalls bisher weniger berücksichtigte Zielgruppen mit einzubeziehen.

Zum Dritten wird das IEP sein Engagement im Bereich des Austauschs mit der jungen Generation weiter ausbauen und verstetigen. Dazu zählen sowohl die wissenschaftliche Diskussion, die im Rahmen von ‘Young Academic Labs’ ihren Anfang gefunden hat, der Aufbau von DoktorandInnennetzwerken und die verstärkte Einbindung von jungen Forschungsarbeiten in die Projekte und Publikationen des IEP. Im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements wird das IEP seine Jungendnetzwerke wie das mit dem AEI und durch die Förderung der Otto Wolff Stiftung initiierte Junge Europawissenschaftliche Netzwerk mit #ALTEU! und „#EngagEU“ weiter ausbauen. Ziel ist es, in diesem Rahmen Projekte aufzusetzen, welche die jüngere Generation über relevante EU-Themen informiert, aber auch deren Ideen und Visionen sammelt. Eine besondere Motivation verfolgt das IEP im Bereich schulischer Aktivitäten zur Europäischen Union. Hier kann ein substanzielles Defizit identifiziert werden – gleichzeitig gibt es aktuell auch noch die wenigsten Berührungspunkte zwischen Forschungsinstituten und Schulen. Somit stellt dieses Vorhaben eine nicht unerhebliche, aber wichtige Herausforderung dar.

In allen drei Bereichen wird das IEP der Zukunft besonderen Wert auf einen interaktiven Austausch legen. Die Zeiten, in denen lange Vorträge im Rahmen vollbesetzter Panels für informativ und inspirierend gehalten wurden, sind vorbei. Allerdings wird das IEP dabei auch einen großen Wert auf zielgruppenorientierte Formate legen – so kann eine Fishbowl-Diskussion im Bereich des Austauschs zwischen angewandter Forschung und Politik oder Zivilgesellschaft sehr informativ sein, während sie für einen intensiven wissenschaftlichen Austausch fehlgeleitet wäre. Das IEP geht daher reflektiert und zielgruppenorientiert mit der Zeit. Darüber hinaus ist die Netzwerkbildung ein weiteres wichtiges Element aller drei Bereiche. Interaktive Netzwerke innerhalb und außerhalb der Europäischen Union in der Wissenschaft (Wissenschaftliches Direktorium, AEI, EUCA-CIS) sowie im Bereich der Think Tanks und der Zivilgesellschaft (TEPSA, „#EngagEU“, #ALTEU!, SEnECA) sind fester Bestandteil des IEP der Zukunft.

Fortbildung

Hinsichtlich der Fortbildung zur europäischen Integration ist das IEP sowohl im Bereich universitärer Lehre als auch Fortbildung von Verwaltungen im Capacity Building tätig. Aufbauend auf der jahrzehntelangen Forschung zu den Beziehungen der Europäischen Union gegenüber seinen östlichen Nachbarn ist das IEP seit mittlerweile über 25 Jahren am Annäh-

rungsprozess seiner östlichen Nachbarn im Rahmen des Kapazitätsaufbaus beteiligt. Um auch hier die gewohnte Qualität der Aktivitäten zu erreichen und einen konkreten Beitrag zum Annäherungsprozess zu leisten, betreibt das IEP seine Capacity Building-Aktivitäten mit hohem didaktischem und organisatorischem Aufwand und begleitet die Maßnahmen und die zu ihnen eingeladenen ExpertInnen eng und persönlich. So ist das IEP im Rahmen des Berlin Policy Hub erste Anlaufstelle, Partnerorganisation und ‚Türöffner‘ für Think Tanks aus Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine, die ihr Netzwerk um deutsche Partner erweitern wollen. Der Policy Hub dient zudem als Beratungszentrum für Fortbildung und Wissenstransfer und betreut die osteuropäischen Partnerorganisationen bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit und der Präsentation der Forschungsergebnisse vor deutschem Publikum, sowie bei ihren Advocacy-Aktivitäten, mit denen Sie Ihre Anliegen VertreterInnen aus Politik und Verwaltung in Deutschland nahebringen.

Auch in der Lehre liegt ein sehr großer Fokus der Arbeiten des IEP auf Betreuung und Begleitung. Das IEP hat bisher innerhalb und außerhalb der Europäischen Union Projekte zur Förderung von Promotionen durchgeführt. In diesem Jahr werden gerade im Rahmen des durch die VolkswagenStiftung geförderten Projekts EUCACIS DoktorandInnen aus Zentralasien erfolgreich zum Abschluss ihrer Promotionen begleitet. Darüber hinaus sind MitarbeiterInnen des IEP kontinuierlich aktiv als GastdozentInnen in der Lehre tätig (so zum Beispiel an den Universitäten in Berlin, Passau, Tübingen, Köln, aber auch Istanbul). Mit dem CIFE besteht eine langjährige Kooperation im Rahmen seiner internationalen Masterprogramme. Beide Bereiche werden auch in Zukunft einen wichtigen Bestandteil der Arbeiten des IEP darstellen, zumal die Lehre eine wichtige Multiplikatorenfunktion für die Verbreitung der Forschungsergebnisse des IEP erfüllt.

Mediale Rezeption

Ein relativ neues und angesichts der Rezeptionsgewohnheiten der Generationen Y (der auch viele der jungen IEP-MitarbeiterInnen angehören) und der Generation Z als wichtige Zielgruppen (Stichwort: Europawahl-ErstwählerInnen und Digital Natives) wesentliches Betätigungsfeld des IEP ist die aktive Nutzung von sozialen Medien, insbesondere Twitter, Facebook und LinkedIn. Hierbei spielen neben dem Inhalt, der nach wie vor die Kernkompetenz des IEP darstellt, die Darstellung (Design und Layout) und die Möglichkeit, nicht nur (frontal) Informationen zu erhalten, son-

dern sich austauschen und einbezogen zu werden,⁷⁵ eine wichtige Rolle. Besonders augenfällig wird dies beim Projekt „#EngagEU“⁷⁶, für das neben einem mittlerweile Standard gewordenen Logo eigens ein integratives Konzept für Digital- und Printprodukte mit veranstaltungsspezifischen visuellen Identitäten entwickelt wurde. Aufgrund seiner zahlreichen Projekte und der jeweils fokussierten Teil-Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union muss die Kommunikationsstrategie des IEP nicht nur in Bezug auf die Aufbereitung der Inhalte, sondern auch mit Blick auf die gewählten Kommunikationskanäle differenzieren und sich kontinuierlich erneuern.

Ein weiteres Beispiel für die Reaktion des IEP auf eine sich wandelnde Rezeption wissenschaftlicher Inhalte ist die aktuelle Auflage des Nachschlagewerks „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“.⁷⁷ Dieses Kompendium bietet wie gewohnt Europa zum Nachschlagen: In über 70 Sachbeiträgen erklären renommierte EuropaexpertInnen wissenschaftlich fundiert und zugleich verständlich alle wichtigen Themen und Begriffe aus Politik, Wirtschaft und Geschichte der europäischen Einigung. In seiner aktualisierten und erweiterten Fassung in der 15. Auflage erscheint es erstmals bei Springer Nature in einer „living edition“, die eine kontinuierliche Online-Veröffentlichung einzelner Kapitel sowie im Folgenden deren zeitnahe Aktualisierung bei wichtigen europapolitischen Weichenstellungen ermöglicht.

Fazit und Ausblick

Wenn der Blick in die Vergangenheit einen Schluss auf die Entwicklungen und die Rolle des IEP in der Zukunft zulässt, so gehen wir davon aus, dass der Bedarf an unserer Arbeit als unabhängiges, interdisziplinäres Forschungs- und Fortbildungszentrum, das sich für eine demokratische Ausgestaltung der europäischen Integration einsetzt und diese vorantreibt, eher wachsen als sinken wird. Deshalb werden wir auch künftig konstruktiv-kritisch und innovativ arbeiten und beraten, unsere Ergebnisse in Ver-

75 Vgl. Christian Allner: Generation Y vs. Generation Z: Nutzung von Social-Media-Plattformen, 4.8.2017, abrufbar unter: http://socialmediastatistik.de/generation-y-z-nutzung-social-media/#Generation_Z_ein_Ueberblick (letzter Zugriff: 15.7.2019).

76 Institut für Europäische Politik: Jugendbeteiligung und junge Themen bei den nächsten Europawahlen 2019 – #EngagEU!, 2019.

77 Siehe: Weidenfeld/Wessels/Tekin (Hrsg.): Europa von A bis Z, (im Erscheinen).

anstaltungen und Publikationen an MultiplikatorInnen vermitteln und ein europäisch vernetztes Forum für Wissenschaft, Politik und (Zivil-)Gesellschaft sein. Wir freuen uns darauf, dies auch in den kommenden Jahren in der gewohnt hohen Qualität und mit der unerlässlichen Unterstützung durch unser Team umzusetzen.